

Pressemappe Ostring 2014

BIO – BürgerInitiative Ostring

www.ostring-buchholz.de

„Eigentlich ist der Kreis zuständig, doch der drückt sich“

Betr.: „Prognose 2014: Stau-Chaos pur!“ (WOCHEBLATT 53/13) - Straßenverkehr in Buchholz: Wie Verwaltungsführung und Politiker die Stadt ruinieren.

Das gewöhnlich gut unterrichtete WOCHEBLATT ist hier leider schlecht informiert. Tatsächlich hat der Rat am 6. Dezember 2013 die Erneuerung der Ampelanlagen an der wohl schlimmsten Kreuzung von Buchholz „Hamburger/Bendestorfer Str.“ auf eigene Kosten beschlossen.

Für Kreisstraßen ist eigentlich der Kreis zuständig, doch der drückt sich seit Jahren, um den Ostring zu pushen. Auch bei den Ampelanlagen an der Canteleubrücke stellt der Kreis sich quer und verweist auf die schlechte Haushaltslage. Hier werden nun zunächst die Abbiegespuren verändert. Auch dies dürfte eine spürbare Entlastung bringen.

**Arne Ludwig
Ratsmitglied,
Piratenpartei**

Anm. d. Red.: Der Stadtrat hat tatsächlich 56.000 Euro für die „Überplanung und Erneuerung“ der Ampelanlage Bendestorfer Str./Hamburger Str. in den Haushalt 2014 aufgenommen. Das heißt aber noch lange nicht, dass in absehbarer Zeit etwas passiert.

„Fantastisch, aber nicht zielführend“

Betr.: „Keine weiteren Mittel für den Ostring“ (WOCHEBLATT 50/13) - Kontroverse Debatte um 1,5 Millionen Euro.

Wie überheblich und selbstherrlich muss ein Kommunalpolitiker sein, wenn er den Antrag auf Einstellung von Planungskosten für den Ostring in die Finanzplanung von Buchholz als „absolute Frechheit“ bezeichnet! Zur Erinnerung, es gibt in Buchholz einen erklärten Wählerwillen für den Ostring.

Die Gegner des Ostrings sind zugegeben lautstark und effektiv, und setzen sich dabei rigoros über berechnete Interessen z.B. der Anwohner der Hamburger Straße, Kirchenstraße, Soltauer Str. u.a. hinweg. Diese Anwohner sind wohl nach Meinung der Politiker seit Jahren so an den Lärm, die Abgase und Gefahren gewöhnt, dass sie diese Situation auch weiterhin ertragen können. Ganz abgesehen vom Stress der Autofahrer, die täglich morgens und abends im Stau stehen und dabei Zeit und Treibstoff vergeuden. Die bisherigen Vorschläge der Ostring-Gegner zur Beseitigung des Problems sind fantastisch, aber nicht zielführend.

Buchholz wächst weiter und wird sich ausdehnen und der Ostring wird in einigen Jahren auch kommen! Der Individualverkehr lässt sich nicht auf Dauer durch die Innenstadt pressen!

**Klaus Schumann
Buchholz**

Erster Auftrag für den "Neuen"

Corinna Panek

Den Traum vom Haus im Grünen wollen immer noch viele Familien leben.

Nicht immer freiwillig: Viele zieht es aus Kostengründen aufs Land, doch auch im Speckgürtel Hamburgs steigen die Preise. Die niedrigen Zinsen werden zum Bumerang: Immer mehr Menschen wollen bauen oder kaufen, das Angebot kommt der Nachfrage nicht hinterher, und so müssen Bauherren tiefer in die Tasche greifen.

Die Stadt Buchholz ist in einer misslichen Lage: Alle größeren Baugebiete sind belegt. Das selbst aufgeklebte Etikett "Familienstadt" droht abzublättern, wenn Bauherren – und das sind eben vor allem Familien – weggeschickt werden müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ergebnisse des Zensus 2011 die Einwohnerzahl nach unten korrigiert hat. Zugleich betont der Bürgermeister bei jeder Gelegenheit, wie wichtig Familien und Kinder für den Erhalt der Lebensqualität der Stadt sind.

Zum Teil sind die Probleme hausgemacht: Die Dekontaminierung und Vermarktung der Rütgersfläche etwa wurde auf die lange Bank geschoben, weil die Ansage "erst Ostring, dann Erschließung" lautete. Davon rückt selbst die FDP, die die Umgehungsstraße mit Vehemenz fordert, inzwischen ab. Abhilfe soll nun das Integrierte Stadtentwicklungskonzept schaffen: Im Dialog mit den Bürgern will die Stadt festlegen, wo und in welchem Umfang Wohnbebauung möglich ist. Das Konzept soll bis Jahresende vorliegen. Für den neuen Buchholzer Bürgermeister dürfte der erste Arbeitsauftrag damit klar sein.

„Buchholz ist gut aufgestellt“

Scheidender Bürgermeister Wilfried Geiger lud letztmals zum Neujahrsempfang / Mehr als 300 Gäste in der Empore

os. Buchholz. „Buchholz ist gut aufgestellt, wir haben unsere Hausaufgaben weitgehend erledigt. Wenn wir zusammenrücken und uns einig sind, muss diese lebens- und lebenswerte Stadt keinen Wettbewerb fürchten!“ Das sagte der scheidende Bürgermeister Wilfried Geiger bei seinem letzten Neujahrsempfang für die Stadt Buchholz. Mehr als 300 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kamen am Sonntagvormittag ins Veranstaltungszentrum Empore.

Geiger blickte auf ein „finanziell betrachtet durchaus schwieriges Jahr“ zurück. Er spielte damit auf die stark gesunkenen Gewerbesteuererinnahmen und die finanziellen Belastungen durch die Ergebnisse des Zensus an. Die Wirtschaft werde sich in 2014 gut entwickeln, sagte Geiger voraus. „Unsere Konjunkturlokomotive steht im neuen Jahr unter Dampf“, so der Bürgermeister. Gegen die Ergebnisse des Zensus, die Buchholz ein Minus von 2.200 Einwohnern bescherten, werde man vorgehen. „Wie werden die fehlenden Bürgerinnen und Bürger schon finden“, erklärte Geiger unter dem Gelächter der Zuhörer.

Beim Straßenverkehr, gab Geiger zu, habe die Stadt ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Er sprach sich erneut für den Bau des Ostrings aus. „Wir müssen alle für die Umsetzung der Umgehungsstraße in die Speichen greifen“, forderte Geiger. Hittfeld habe gezeigt, wie man eine Ortsumfahrung baue.

Unterstützung bekam Geiger von Rainer Rempe. Der



Gut besucht: Mehr als 300 Menschen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kamen zum Neujahrsempfang der Stadt Buchholz in die Empore



Besuch aus Berlin: (v. li.) Sigrid Spieker und Wilfried Geiger begrüßten auch Michael Grosse-Brömer (CDU)

Erste Kreisrat überbrachte für den erkrankten Landrat Joachim Bordt die Grußworte des Landkreises. Auch er plädierte für den Ostring, um der Verkehrsprobleme Herr zu werden. „Landkreis und Stadt stehen zu ihrem Wort: Die Ortsumgebung ist notwendig und muss kommen!“, sagte Rempe.

Beobachter vermissten bei Geiger ein paar persönliche Worte bei seinem letzten Neujahrsempfang. Stattdessen arbeitete das Stadtoberhaupt wie in den vergangenen Jahren nur die Punkte von Wirtschaft bis Sport ab.

• Mehr Fotos vom Neujahrsempfang finden Sie unter www.kreiszeitung-wochenblatt.de

Respektloses Verhalten

Offenbar ist es zu viel verlangt, über 75 Minuten die Konzentration hochzuhalten. Kaum hatte Bürgermeister Wilfried Geiger seine Rede beendet, begannen Dutzende Gäste lautstark zu tratschen oder stürmten ins Empore-

Moment mal

Foyer. Dass das Stadtorchester Buchholz auf der Bühne spielte, wen interessiert's? Ich fand dieses Verhalten eine Respektlosigkeit sondergleichen. Die Organisatoren müssen die Musik 2015 als festen Bestandteil des Programms viel deutlicher machen. Oliver Sander

„Lebensqualität und Gesundheit bleiben auf der Strecke“

**Betr.: „Prognose 2014: Stau-
Chaos pur!“ (WOCHENBLATT
53/13) - Straßenverkehr in
Buchholz: Wie Verwaltungsführung und Politiker die Stadt
ruinieren.**

Vor zwölf Monaten hat die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in einem Votum dem Stadtrat aus SPD, Grünen, Buchholzer Liste und Piraten-Partei unmissverständlich den Auftrag zum Bau einer Umgehungsstraße im Osten der Stadt erteilt. Leider hat der Buchholzer Stadtrat kein Interesse, den Wünschen seiner Bürger Taten folgen zu lassen und zwingt diese so weiter in ein Arrangement aus Stau, Lärm, Kohlendioxid und Feinstaub. Gesundheit und Lebensqualität bleiben so auch 2014 auf der Strecke.

**Kai Kuhlmann
Buchholz**

„Mein Tipp für Sie für das neue Jahr: Fahren Sie Fahrrad“

Nach dem Lesen ihres Panik-Artikels habe ich überlegt, ob Sie ihn nicht besser als Satire hätten kennzeichnen sollen. Außerdem haben Sie bei Ihrer polemischen Wortwahl einen Punkt vergessen: „...schlimmer als der Untergang des Abendlandes“.

Mein Tipp für Sie für das neue Jahr: Fahren Sie Fahrrad, wie das auch Ihr Kollege O. Sander tut. Bewegung senkt den Blutdruck und der „Stau“ ist ein Auto kürzer.

**Herbert Mallers
Buchholz**

Punkte kleben für ein besseres Buchholz

Corinna Panek

Stadtplanung zum Mitmachen: Bei der ersten Bürgerwerkstatt in der Empore haben 120 Teilnehmer ihre Ideen und Wünsche eingebracht

Buchholz. Die blauen Empore-Stühle sind zu Halbkreisen angeordnet, an den Rändern des Saals stehen Stellwände. Gespannt warten die 120 Teilnehmer der ersten Buchholzer Bürgerwerkstatt auf die Aufgaben, die ihnen gestellt werden. Der Workshop ist ein wichtiger Baustein bei der Erarbeitung des Integrierten Städtischen Entwicklungskonzeptes (ISEK), das sich die Stadt Buchholz als Leitbild geben möchte. Für Baudezernentin Doris Grondke ist die Veranstaltung vor allem eines: eine vertrauensbildende Maßnahme. "Wir wollen uns den Bürgern als Verwaltung mehr öffnen", sagt sie. Und deswegen sollen die Bürger nun selbst mitteilen, erarbeiten, abwägen, was in ihrer Stadt passieren muss, damit sie auch in ein paar Jahrzehnten noch lebenswert ist.

Die Arbeitsgruppen sind bunt gemischt: da sitzen der Grünen-Ratsherr, der Autohausinhaber, der Leiter einer Theatergruppe, die Journalistin, die Leiterin des Kunstvereins, die Tierschutzaktivistin, der Architekt und der Lehrer beieinander und sollen nun sagen, was sie sich für Buchholz wünschen, was sie gut finden und was möglicherweise fehlt. Dazu die Aufgabenstellung: "Wie kann man sich in Buchholz in folgenden Bereichen besser vernetzen..." Gar nicht so leicht. "Haben Sie das verstanden? Wir nicht so richtig", gibt eine Teilnehmerin aus der Gruppe nebenan zu. Erklärungsversuche, eine Teilnehmerin greift zum Stift und schreibt einfach drauf los auf das Flipchart. Trotzdem bleibt eine CDU-Ratsfrau skeptisch: "Sollen wir denn zu jedem Thema einen Stammtisch gründen?"

Derweil regt sich der Autohauschef darüber auf, dass Buchholz bei der eingänglichen Präsentation so negativ dargestellt wird. "Da gehen nur Rentner hin", steht da in der sogenannten Themenwolke. Und gewinnt sogleich das Lachen zurück, als ein Film von Realschülern gezeigt wird, wie sie Buchholz sehen. Zum einen ist das Publikum höchst amüsiert darüber, dass die Jugendlichen sich anstelle des Citycenters "Disco, Strip-Club und Shisha-Bar" wünschen und ein Mädchen beklagt: "Es gibt keine Möglichkeit zum Weggehen. Nur die Kabenhof-Lounge, aber die zählt eigentlich nicht." Doch die Schüler sprechen auch Themen an, die auch die Erwachsenen umtreiben: Buchholz soll sein Image als "Stadt im Grünen" bewahren, das Angebot im Nahverkehr muss verbessert werden. Und: Die Stadt müsse seniorenfreundlicher werden.

Die Jugendlichen sind in den ISEK-Prozess eng eingebunden: 150 Schülerinnen und Schüler haben im Vorfeld ihre Ziele und Wünsche für Buchholz zusammengestellt. Darüber hinaus konnten sie sich bei einem Kurzfilmwettbewerb engagieren. Die drei eingereichten Beiträge werden dem Publikum vorgeführt, anschließend dürfen die Teilnehmer ihren Favoriten wählen. Den ersten Platz belegt das Team vom Albert-Einstein-Gymnasium. Über Monate haben die Schüler sich in Buchholz umgeschaut, mit Passanten gesprochen und Interviews mit Entscheidern geführt. Der spannende Beitrag zeigt, dass in Buchholz vieles gut, aber auch vieles verbesserungswürdig ist.

Am Nachmittag sind die Teilnehmer aufgefordert, sich zu den verschiedenen Themen zu informieren, Fragen und Wünsche zu formulieren. Mit bunten Punkten sollen sie Prioritäten kennzeichnen. Gelegenheit für die vorher ausgewählten "Themenpaten", ein bisschen Lobbyarbeit zu betreiben. "Kleben Sie ruhig mehr Punkte für die Kultur", heißt es hier, "Du willst doch auch den Glasfaserausbau?", fordert ein anderer freundlich auf. "Erst alles anschauen, dann kleben", mahnt Moderator Markus Birzer. Die Auswertung ergibt altbekanntes und auch eine kleine Überraschung: Als am wichtigsten sehen die Buchholzer den Ausbau des Mühltunnels (19 Nennungen), der Radwege (17), genossenschaftlichen/sozialen Wohnungsbau (16), Kapazitätserweiterung des Schwimmbades (16), Erhöhung des Budgets der Schulen (14) und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt (14) an. Der Ostring landet hier "nur" im Mittelfeld mit zehn Nennungen.

Anders sieht es aus, betrachtet man die Reihenfolge der Umsetzung: Kurzfristig realisiert sehen wollen die Buchholzer den Radwegeausbau (10), den Mühltunnel (8), den Ostring (7), die Umwandlung der Innenstadt zu einem attraktiven Treffpunkt (5), Glasfaseranschluss für alle Stadtteile und Verbesserung der ärztlichen Versorgung (jeweils 4). Mittelfristig umgesetzt sollte nach Wünschen der Bürger eine Aufwertung des Bahnhofsumfeldes (6), der Mühltunnel (4), Erweiterung des Bades, Verbesserung des Baumbestandes und des Spielplatzangebots sowie Flächenerschließung für Wohnprojekte (je 3). Als langfristig umzusetzen wurden ebenfalls das Bahnhofsumfeld (7), der Mühltunnel (6), sozialer/bezahlbarer Wohnraum, Kinderbetreuung, Aufwertung des denkmalgeschützten Lokschuppens und die Umsetzung des Projekts "Citycenter II" (je 3).

In der zweiten Bürgerwerkstatt im Sommer sollen aus den Ergebnissen konkrete Ziele erarbeitet werden. Eine Kernfrage wird sein, ob und wie stark Buchholz noch wachsen soll. Und während anfangs noch gezweifelt wurde, ob denn auch alles so umgesetzt wird, macht sich am Ende Zuversicht breit. "Wir hoffen, liebe Frau Grondke, dass Sie mit diesen Erkenntnissen auch Druck auf die Politik ausüben." "Bürgerbeteiligung ist möglich – das haben wir heute gesehen." "Warum haben wir das nicht schon früher gemacht?", so das Fazit der Teilnehmer. Das mit dem Vertrauen wäre also schon mal geklärt.

**„Der Stadtrat
entspricht genau dem
Wählerwillen“**

Betr.: Leserbrief von Kai Kuhlmann aus Buchholz „Lebensqualität und Gesundheit bleiben auf der Strecke“ (WOCHENBLATT 3/14) - zu dem Artikel „Prognose 2014: Stau-Chaos pur!“ (WOCHENBLATT 53/13).

Ich möchte der Meinung von Herrn Kuhlmann entschieden widersprechen.

Die Buchholzer Bürger haben eben nicht über den Bau des Ostringes, sondern über die Kündigung der Planungsverträge zwischen der Stadt Buchholz und dem Landkreis abgestimmt. Die derzeitige Mehrheit im Rathaus ist mit einer klaren Absage an den Ostring gewählt worden. Und die Zusammensetzung des Stadtrates entspricht genau dem Wählerwillen. Eine Tatsache, die die Befürworter des Buchholzer Baugigantismus gerne übersehen.

Und die von Herrn Kuhlmann monierte Lebensqualität wird nicht besser, wenn man die Probleme einfach vor die Stadt verlagert. Aus den Augen, aus dem Sinn funktioniert mit Co₂-Feinstaub nur sehr begrenzt.

**Martin Hansen
Buchholz**

Nordheide Wochenblatt vom 29. Januar 2014

Buchholzer FDP spricht sich für Röhse als Bürgermeister aus

Die Buchholzer FDP will im Bürgermeisterwahlkampf den Kandidaten der CDU, Jan-Hendrik Röhse, unterstützen.

Buchholz. Am Montag hatten sich die beiden aussichtsreichsten Kandidaten – außer Röhse noch Joachim Zinnecker von den Grünen – den Mitgliedern bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion vorgestellt. Nach zweieinhalb Stunden stimmten die Mitglieder dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. "Die Wahl ist auf Jan-Hendrik Röhse gefallen, weil er eher unseren politischen Ideen entspricht", sagte der Ortsverbandsvorsitzende Wilhelm Pape dem Abendblatt. Große Übereinstimmungen gebe es in den Themenfeldern Wachstum, Handel und Gewerbe, Wohnbau und Verkehrsplanung. "Herr Zinnecker sieht dies eher restriktiv. Auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist für Herrn Röhse nur die ultima ratio", so Pape. Zinnecker hatte dagegen schon mehrmals mögliche Steuererhöhungen zur Sprache gebracht. Keine Überraschung ist auch die Übereinstimmung bei der Verkehrspolitik: Die FDP folgt den Ansichten der CDU, dass der Ostring gebaut werden müsse, wohingegen die Grünen zuerst Mühlentunnel und Südtangente verwirklichen wollen.

Ostring: FDP-Chef ätzt gegen Zinnecker

os. Buchholz. Der Wahlkampf in Buchholz nimmt Fahrt auf, der Ton wird rauer: FDP-Ortsvereinschef Wilhelm Pape wirft dem grünen Bürgermeister-Kandidaten Joachim Zinnecker vor, die Wähler „in der Verkehrspolitik zu täuschen“.

Konkret geht es um Zinneckers Vorschlag, statt der vor Gericht gescheiterten Variante der Umgehungsstraße Ostring eine „Light-Version“ entlang der Bahnstrecke Bremen-Ham-

burg zu bauen. Anerkannte Fachleute hätten diese Variante schon lange als unrealistisch eingestuft, da sie technisch aufwendig und zu teuer sei sowie zur Verkehrsentslastung der Innenstadt völlig ungeeignet sei, erklärt Pape. „Die Freien Demokraten fordern: Schluss mit diesem Taktieren und den Täuschungsmanövern“, so der FDP-Chef. Der Bau des Ostrings müsse oberstes Ziel der Politik und auch des künftigen Bürgermeisters sein.

„Bürgern wieder Beachtung schenken“

WOCHENBLATT-Interview mit dem Bürgermeister-Kandidaten Uwe Schulze (48)

os. Buchholz. Am 25. Mai wählen die Buchholzer einen neuen Bürgermeister. Fünf Kandidaten bewerben sich um die Nachfolge des scheidenden Stadtoberhauptes Wilfried Geiger. In den kommenden Wochen stellt das WOCHENBLATT die Kandidaten in einem kleinen Interview vor. Den Beginn macht der parteilose Kandidat Uwe Schulze (48). Er arbeitet als Betriebsratsvorsitzender beim TÜV Nord, ist verheiratet und hat keine Kinder.

WOCHENBLATT: Was hat Sie bewogen, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren?

Uwe Schulze: Ich lebe seit 48 Jahren in dieser Stadt und habe den Wandel von Buchholz miterlebt. In dieser Zeit wurde Buchholz nach Strich und Faden vermarktet, wobei das Gewicht mit dem Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt etwas falsch verteilt wurde. Der Wirtschaftsstandort Buchholz muss klar weiter eine Priorität haben, nur sollte hier mit viel Feingefühl und Verstand das



Kandidat für die Bürgermeisterwahl: Uwe Schulze

richtige Maß gefunden werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder Beachtung spüren, sie müssen einbezogen werden.

WOCHENBLATT: Welche Projekte in Buchholz halten Sie für die dringendsten?

Uwe Schulze: Bürgerbetei-

ligung, Kitas, Barrierefreiheit, Bildung, Erweiterung des Linienverkehrs für den Buchholz Bus, Verschiebung in eine günstigere HVV-Tarifzone, Entlastung des Stadtkerns durch ein noch auszuarbeitendes Verkehrskonzept, weitere Umsetzung und mögliche Erweiterung des Klimaschutzkonzepts sowie Wirtschaftswachstum und bezahlbaren Wohnraum in Einklang zueinander bringen.

WOCHENBLATT: Wie wollen Sie mit dem Thema „Ostring“ umgehen?

Uwe Schulze: Der Ostring ist in seiner Ursprungsform Geschichte, nun können wir die Geschichte neu schreiben. Dabei muss man aber diesmal mit einem gesunden Augenmaß an so ein Projekt herangehen. Man darf die Lebens- und Wohnqualität sowie auch Natur und Umwelt dabei nicht außer Acht lassen. Wichtig ist, von Anfang an die Bürger der Stadt mitzunehmen.

Ich halte nichts von einer „Wir legen das Problem jemand anderem vor die Haustür“-Taktik.

WOCHENBLATT: Als Bürgermeister wären Sie Dienstherr von fast 300 Mitarbeitern. Sehen Sie es als Vor- oder Nachteil an, dass Sie bislang nicht in einer Verwaltung gearbeitet haben?

Uwe Schulze: Mir ist der Umgang mit vielen Mitarbeitern nicht fremd. Ich pflege eine faire und soziale Beziehung. Als Mit-

glied der Gewerkschaft ver.di habe ich sicherlich eine komplett andere, frische Art mit den Mitarbeitern konstruktiv zusammenzuarbeiten. Vergessen wir nie: Die Mitarbeiter sind der Motor eines jeden Unternehmens, ohne sie läuft es nicht.

WOCHENBLATT: Sie haben vier Konkurrenten. Wie sehen Sie ihre Wahlchancen?

Uwe Schulze: Ich kann mir derzeit ein Ergebnis oberhalb des dritten Platz vorstellen. Den Wahlkampf sehe ich sportlich und fair.



Bürgermeister – können die das?

Corinna Panek

Die fünf Buchholzer Kandidaten präsentierten sich mit teils sehr unkonventionellen Vorstellungen für Stadt und Rathaus

Holm-Seppensen. Gut, dass es nicht regnete – denn der Andrang bei der Podiumsdiskussion mit den fünf Buchholzer Bürgermeisterkandidaten im Kulturbahnhof Holm-Seppensen war so groß, dass ein Drittel der 200 Zuhörer draußen stehen musste. Die meisten bewiesen Durchhaltevermögen, denn nur auf den ersten Blick schienen die Kandidaten sich zu ähneln in ihren Aussagen zu den drängenden Buchholzer Themen. Zwischen den Zeilen wurde, wie üblich in der Politik, ausgeteilt und eingesteckt.

Auf dem Podium: Jan-Hendrik Röhse (50), Anwalt, ab 2006 für die CDU im Stadtrat und seit 2009 Erster Stadtrat; Uwe Schulze (48), Betriebsrat und – nach einem sehr kurzen Gastspiel bei der Piratenpartei – parteiloser Kandidat; Ronald Bohn (43), Immobilienkaufmann, gab für seine Kandidatur als Parteiloser seine FDP-Mitgliedschaft auf; Joachim Zinnecker (58), Geschäftsführer bei einem Hamburger Versorgungsunternehmen und studierter Bauingenieur, seit 20 Jahren für die Grünen im Stadtrat, seit sieben Jahren Vizebürgermeister – er tritt ebenfalls als Unabhängiger an; Norbert Keese (58), selbstständiger Augenoptikermeister, wegen seines Geschäfts bisher politisch nicht in Erscheinung getreten, ebenfalls parteilos.

Somit treten zwei kommunalpolitisch erfahrene Kandidaten gegen drei Quereinsteiger an. Während sich also Röhse und Zinnecker über aktuelle Anträge im Rat behakten, blieben Bohn, Schulze und Keese überwiegend bei Allgemeinplätzen über eine neue Art der Verwaltungsführung, der Bürgerbeteiligung und einer eher präsidialen Haltung bei der Amtsausübung. "Das Präsidiale macht mir irgendwie Sorgen", sagte prompt ein Zuhörer, "wie wollen Sie denn alles auf die Reihe kriegen?" "Gespräche, Gespräche, Gespräche", lautete die Antwort übereinstimmend.

In der Sache bestimmten die Buchholzer Dauerbrenner – Ostring, Stadtentwicklung, Rad- und Öffentlicher Nahverkehr – die Debatte. So wurde Zinnecker gefragt, ob er an der Bypass-Lösung festhalte (anstelle des Ostrings würden die Wege neben der Bahn ausgebaut) und sich auch den 60 Prozent der Buchholzer, die beim Bürgerentscheid für den Ostring gestimmt hatten, verpflichtet fühle. Zinnecker bejahte dies, worauf Röhse entgegnete, dass Gutachter den Bypass schon längst als zu problematisch eingestuft hätten. Keese hakte sich ein und berichtete "ich weiß von meinem Bruder, der im Straßenbau tätig ist, dass das Schwierigste und Langwierigste sowieso immer das Genehmigungsverfahren ist".

Mehr für Radfahrer und Pendler tun wollten alle. Auch hier lieferten sich Zinnecker und Röhse einen Schlagabtausch. Der Anmerkung eines Zuhörers, die Parkhäuser am Bahnhof seien oft halbleer, widersprach Röhse. Zinnecker warb für seine Pläne, ein Fahrradparkhaus zu bauen, worauf Röhse süffisant darauf hinwies, dass doch "Ihre Freunde von der SPD" gerade eine weitere Parkpalette an der Canteleubücke beantragt hätten. Schulze sah das Problem vor allem in der Tarifzonen- und Gebührengestaltung, "die Parkplätze in Klecken sind überfüllt, in Buchholz ist das Parkhaus kostenpflichtig."

Ähnliches beim Buchholz-Bus: Kürzlich hatte Zinnecker einen Antrag zur Ausweitung des Buchholz-Bus Richtung Trelde und Dibbersen gestellt. Aus der Zuhörerschaft wurde auch eine Busanbindung bis Sprötze gewünscht. Davor warnte Bohn: "Der Metronom wird dann sein Angebot einschränken." Keese appellierte, Kosten und Nutzen abzuwägen, und Röhse schoss gegen Zinnecker: "Als Aufsichtsratsmitglied der Wirtschaftsbetriebe sollten Sie wissen, dass der Rat dafür nicht zuständig ist. Sie hätten die Buserweiterung ja beschließen können."

Einigkeit herrschte dagegen bei allen über die Frage nach bezahlbarem Wohnraum (muss mehr werden), dem Wachstum – ja, aber mit Augenmaß, "denn in Dibbersen haben sie heute schon Angst, von Gewerbe umzingelt zu werden" (Schulze) und einer attraktiven (Innen-)Stadt. Keese – engagiert in der Citycenter-Werbegemeinschaft – verwies auf die Zusammenarbeit der Stadt und der Gewerbevereine im neu gegründeten Stadtmarketingverein und berichtete, er habe einen "bitterbösen Brief" an die neuen Center-Inhaber geschrieben, die vollmundig neue Mieter angekündigt hätten, die weiter auf sich warten ließen.

Eine besondere Art von Kritik musste sich indes Jan-Hendrik Röhse gefallen lassen. "Warum gehen Sie nicht auf junge Leute zu, wenn Sie auf dem Wochenmarkt Wahlkampf machen? Ich stand direkt vor Ihnen, keiner aus Ihrem Team hat mich angesprochen", klagte eine junge Frau. "Kommen Sie doch morgen noch mal vorbei, ich komme dann mit offenen Armen auf Sie zu", versprach er ihr darauf.

Fazit nach zwei Stunden: Eine schlechte Figur hat keiner der Kandidaten gemacht. Alle wussten die doch sehr vielfältigen Fragen zu beantworten. Die Polit-Profis traten erwartungsgemäß deutlich souveräner auf als die Neueinsteiger. Den meisten Szenenapplaus ertete Zinnecker, dafür wurden gerade seine Wortbeiträge immer wieder vom einfahrenden Zug unterbrochen...

„Realisieren anstatt zu verhindern“

WOCHENBLATT-Interview mit Bürgermeister-Kandidat Ronald Bohn (43)

os. Buchholz. Im dritten Interview mit den Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Buchholz am Sonntag, 25. Mai, kommt Ronald Bohn (43) zu Wort. Der Immobilienmakler ist verheiratet und hat einen Sohn.

WOCHENBLATT: Was hat Sie bewogen, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren?

Ronald Bohn: Es ist viel Zeit vergangen, ohne dass wichtige Probleme gelöst oder überhaupt angegangen worden sind. Ich will das machen und deshalb Bürgermeister werden.

WOCHENBLATT: Welche Projekte in Buchholz halten Sie für die dringendsten?

Ronald Bohn: Im Oktober 2013 habe ich mich als erster Kandidat mit meinen Zielen vorgestellt. Dazu gehören der Ausbau der BuchholzBus-Linie nach Trelde, Dibbersen und zum Schwimmbad, die Verbesserung der Verkehrssituation in der Innenstadt, die kreative Unterstützung für die Buchholzer



Kandidiert für das Bürgermeisteramt: Ronald Bohn

Einzelhändler, eine barrierefreie Innenstadt, die Ausweisung von Wohnbauflächen und die Einführung eines Behindertenbeauftragten. Es stellt sich mir die Frage: Warum haben die Profis aus Politik und Verwaltung in der Vergangenheit nicht angefangen diese Probleme zu lösen? Am dringendsten ist für mich -

und so steht es auch in meinem Wahlprogramm: hinsehen – anpacken – verändern.

WOCHENBLATT: Wie wollen Sie mit dem Thema „Ostring“ umgehen?

Ronald Bohn: Von der Notwendigkeit des Ostringes bin ich überzeugt. Genau wie zwei Drittel der Buchholzer. Wenn sich ein Bürgermeister gegen einen Bürgerentscheid ausspricht, spricht er sich gegen den Willen der mehrheitlichen Bevölkerung aus und trägt eine demokratische Entscheidung nicht mit. Wir müssen generell mehr darüber nachdenken, wie wir etwas realisieren können, anstatt über Verhinderungen nachzudenken.

WOCHENBLATT: Als Bürgermeister wären Sie Dienstherr von fast 300 Mitarbeitern. Sehen Sie es als Vor- oder Nachteil an, dass Sie bislang nicht in einer Verwaltung

gearbeitet haben?

Ronald Bohn: Ich bin davon überzeugt, dass die Vorteile überwiegen. Da ich keine Vergangenheit in der Verwaltung als Kollege oder Ratsmitglied habe, bin ich offen für alles und nicht eingefahren in dem System. Wenn allen die Richtung klar ist, werden wir als Team erfolgreich arbeiten. Mitarbeiter können die Schritte ausarbeiten und das gibt ihnen ein Mitspracherecht. So stelle ich mir eine vernünftige Zusammenarbeit vor. Ich habe immer mit Menschen erfolgreich zusammengearbeitet.

WOCHENBLATT: Sie haben vier Konkurrenten. Wie sehen Sie Ihre Wahlchancen?

Ronald Bohn: Wenn die Bürger und Bürgerinnen den Mut zu Veränderung haben, sehe ich mich in der Stichwahl. Das ist mein erstes Ziel!



Jahrhundert entsprechende verkehrliche Ertüchtigung der Kirchenstr./Hamburger Str. ein.

**Bernd Wenzel
Buchholz**

„Man darf für oder gegen ihn sein, ihn aber nicht verunglimpfen“

Ihre „Warnung“, sehr geehrter Herr Laser, gegen den Bürgermeisterkandidaten Herrn Joachim Zinnecker ist nicht nur anmaßend, die damit verbundene Argumentation zeugt überdies von sachlicher Ignoranz. Anmaßend, weil Sie sich berufen fühlen, die Buchholzer Bürger in ihrer freien Wahlentscheidung zu beeinflussen. Ignorant, weil Sie so tun, als ob das „Verkehrschaos“ das einzige Problem der Stadt Buchholz wäre.

Diesbezüglich frage ich, ob Sie den „Ostring, ja bitte!“ mit demselben Eifer verteidigen würden, wenn die Planer die Trasse vor Ihrer Tür geführt hätten? Die Verkehrssituation in Buchholz ist sicher nicht optimal und die Belastung der Einwohner an den Hauptverkehrsadern - besonders zu Stoßzeiten - zweifellos unangenehm. Herrn Zinnecker zu unterstellen, ihm ginge es „einzig und alleine darum, eine Umgehungsstraße soweit wie möglich von seinem Privathaus fernzuhalten“, ist blanker Unsinn. Viel näher an der geplanten Trasse als das Haus von Herrn Zinnecker liegen Häuser von anderen Einwohnern. Ich glaube kaum, dass diese Menschen Ihrer „Warnung“ folgen. Sie werden ihre Wahl sicher von anderen Kriterien als Ihrer billigen Argumentation abhängig machen.

Man kann für oder gegen einen Bürgermeisterkandidaten sein, verunglimpfen darf man ihn nicht!

**Philippe Taddei
Buchholz**

„Es ist vernünftig, einer anderen Lösung Rechnung zu tragen“

Betr.: Leserbrief von Wolfgang Laser aus Buchholz „Warne jeden davor, für diese Person die Stimme abzugeben“ (WOCHENBLATT 18/14) - zu dem Artikel „Bürgermeisterkandidat Zinnecker“ (WOCHENBLATT 18/14).

Bekanntlich ist ein weit draußen durch die Landschaft verlaufender Buchholzer Ostring vor einem Jahrzehnt oder noch länger nicht zu haben. Das liegt an den Vorlaufzeiten bei den Gerichten, an der Inkompetenz der befassten Verwaltungsjuristen. Das liegt auch an noch gar nicht behandelten Bürger-Einsprüchen. Es ist deshalb vernünftig, dem Bürgervotum für eine Umgehungsstraße mit der Suche nach einer anderen Lösung Rechnung zu tragen.

Demzufolge sucht der Bürgermeisterkandidat Zinnecker vernünftigerweise nach einer Trasse für eine Entlastungsstraße entlang der Bahnstrecke Buchholz-Hamburg. Auch sie würde ihn selbst tangieren, nämlich entlang seinem Wohngebiet „An Boerns Soll“. Ich trete für eine diesem

„Buchholz soll lebenswert bleiben“

WOCHENBLATT-Interview mit Bürgermeisterkandidat Joachim Zinnecker (58)

os. Buchholz. Im vierten Interview mit den Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Buchholz am Sonntag, 25. Mai, kommt Joachim Zinnecker (58) zu Wort. Der Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft von Hamburg Wasser ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

WOCHENBLATT: Was hat Sie bewogen, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren?

Joachim Zinnecker: Buchholz ist meine Heimat und soll lebenswert bleiben. Dafür engagiere ich mich seit vielen Jahren. Zukunftsthemen, wie den Ausbau eines Glasfasernetzes sowie notwendige Veränderungsprozesse im Rathaus, will ich als Bürgermeister auch in Buchholz vorantreiben.

WOCHENBLATT: Welche Projekte in Buchholz halten Sie für die dringendsten?

Joachim Zinnecker: In den nächsten Jahren muss in Buchholz bezahlbarer Wohnraum entstehen. Erste Beschlüsse dazu wurden bereits vom Rat getroffen. Die Umsetzung werde ich mit größerem Engagement verfolgen als der jetzige Bür-



Kandidiert fürs Bürgermeister-Amt: Joachim Zinnecker

germeister. Die Erweiterung der Stadtbuslinien auch in die Ortschaften, eine Ausweisung von Fahrradstrecken, der Bau einer Radstation am Bahnhof und der Ausbau bestehender Straßen stehen auf meiner Agenda. Der Bau des Mühlentunnels ist bereits auf den Weg gebracht. Die Belebung der Innenstadt werde ich mit meinen langjährigen Erfahrungen im Marketing unterstützen. So könnte ich mir zum Weihnachtsmarkt eine Eisbahn

im Peets Hoff gut vorstellen.

WOCHENBLATT: Wie wollen Sie mit dem Thema „Ostring“ umgehen?

Joachim Zinnecker: Es handelt sich um ein klassisches Dilemma. Zum einen gibt es ein vom Gericht kassiertes Planfeststellungsverfahren, bei dem eine Berufung bisher ausgeschlossen ist. Zum anderen gibt es den erklärten Willen in der Bevölkerung, dass „etwas passieren muss“.

Die Finanzierung des Ostrings ist aber nicht sichergestellt. Das Land finanziert nur Straßen, bei denen Landschaftsverbrauch und Entlastungswirkung in angemessenem Verhältnis stehen. Der zukünftige Bürgermeister muss diesen Gordischen Knoten durchschlagen. Ich habe die von vielen favorisierte Bypass-Lösung entlang der Bahn intensiv diskutiert und eine breite Zustimmung erfahren. Auf dieser Basis will ich mit dem neuen Landrat einen Kompromiss finden, der

Ostringgegner und Ostringbefürworter versöhnen kann.

WOCHENBLATT: Sie haben in Hamburg Erfahrungen in einer Behörde gesammelt. Kann Ihnen dieses in Buchholz helfen, wo Sie als Bürgermeister Dienstherr von immerhin fast 300 Mitarbeitern wären?

Joachim Zinnecker: Ich habe in Hamburg bei einem öffentlichen Unternehmen und auch in der Bauindustrie immer Verantwortung für Personal getragen.

Von der Steuerung von Veränderungen sowie der Einführung von leistungsbezogener Vergütung im Buchholzer Rathaus habe ich klare Vorstellungen.

WOCHENBLATT: Sie haben vier Konkurrenten.

Wie sehen Sie ihre Wahlchancen?

Joachim Zinnecker: Es ist wohl davon auszugehen, dass es am 15. Juni eine Stichwahl geben wird. Ich bekomme viel positives Feedback und gehe davon aus, dass es am Ende ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt.



Noch fünf Tage bis zum Ziel

Bürgermeister-Wahl am 25. Mai: Die Kandidaten im Abendblatt-Check. Heute: Die fünf Bewerber für Buchholz

Bürgermeisterkandidat Ronald Bohn

Warum wollen Sie Bürgermeister werden?

Es ist viel Zeit vergangen, ohne dass wichtige Probleme gelöst oder überhaupt angegangen worden sind. Ich will das machen und deshalb Bürgermeister werden. Ich möchte jedoch nicht als Bürgermeister wahrgenommen werden, der zu einer Partei gehört, sondern als einer, der sich für alle gleichermaßen einsetzt. Ein Bürgermeister muss neutral und unabhängig sein, um alle Themen der Bürger/innen und Anträge der Fraktionen objektiv behandeln zu können und das ist mit mir als absolut gewährleistet!

Wo brennt es am meisten in der Stadt?

1. Der stockende Innenstadtverkehr ist wohl das größte Problem, welches wir in Buchholz zurzeit haben. Wenn wir hier den Bürgern eine Verbesserung bieten können, wird schon ein großer Schritt in die richtige Richtung getan. 2. Wir müssen eine noch familienfreundlichere Infrastruktur schaffen. Mit Ausweisung von Wohnbauflächen, dem Ausbau der BuchholzBus-Linie nach Trelde, Dibbersen und zum Schwimmbad, der Schaffung einer relativ barrierefreien Innenstadt und einer bedarfsgerechten Belegung der Kindergarten- und Kita-Plätzen würden wir vieles erreichen. 3. Der Einzelhandel hat in den letzten Jahren viel in die Stadt investiert. Ich möchte den Unternehmen kreative Unterstützung geben und habe hier auch schon genaue Vorstellungen.

Wie wollen Sie die Verkehrsprobleme in Buchholz lösen?

Ich glaube mit Ihrer Frage liegen Sie ein wenig falsch. Ein Bürgermeister ist kein König, der alles alleine entscheiden und lösen kann. Alle schwerwiegenden Entscheidungen trifft der Rat der Stadt und dazu gehört auch dieses Thema. Die Aufgabe des Bürgermeisters liegt darin, die Beschlüsse mit den Mitarbeitern umzusetzen. Ich habe jedoch meine Standpunkte zu einigen Verkehrsproblemen. Wir müssen die Ampelschaltungen optimieren, umrüsten auf intelligente Ampeltechnik, Rückbau von Ampeln, Abbiegespuren verändern, Schaffung von Kreisverkehren, Ausbau der BuchholzBus-Linie, Ausbau der Radwege, Verbesserung des ÖPNV Angebotes, um nur einiges zu nennen. Auch eine weitläufige Ostumgehung ist zwingend erforderlich. Wie sie zum Schluss aussehen wird, werden wir sehen, aber kommen muss eine. Wir müssen generell mehr darüber nachdenken, wie wir Dinge realisieren können, anstatt über Verhinderungen nachzudenken. Es ist aber auch wichtig, dass nicht einzelne Probleme zum Nachteil anderer verschoben werden.

Was bringt Sie in Ihrer Stadt zum Lächeln?

Ich bin generell ein positiv denkender und fröhlicher Mensch. Buchholz ist durch seine geographische Lage und sein vielfältiges Angebot ein attraktiver Ort für Familien geworden. Die Nähe zu zahlreichen Naherholungsgebieten und die Vielzahl der Freizeitangebote sind für mich weitere Gründe. Wir haben eine Menge Vereine, die tolle ehrenamtliche Arbeit leisten und für ein breites Angebot sorgen. Ich bin halt gerne ein Buchholzer!

Mit wem würden Sie gerne auf eine einsame Insel fahren (Ehepartner ausgenommen)?

Mit Helmut Schmidt

Bürgermeisterkandidat Norbert Keese

Warum wollen Sie Bürgermeister werden?

Wenn ich möchte, dass sich etwas ändert, muss ich bereit sein es selbst zu tun.

Wo brennt es am meisten in der Stadt?

1. Beim Finanzhaushalt – es muss maßvoll, nachhaltig und sinnvoll mit dem vorhandenen und zukünftigen Etat umgegangen werden. 2. Bezahlbarer Wohnraum - es soll in Buchholz nicht nur Eigentum geben, aber auch kein Ghetto entstehen. 3. Die Erhaltung und Belebung der Innenstadt im Sinne des Gemeinwohls.

Wie wollen Sie die Verkehrsprobleme in Buchholz lösen?

Im Konsens und unter Einbeziehung aller unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer mit Berücksichtigung von Lärm, CO₂-Emissionen und Natur.

Was bringt Sie in Ihrer Stadt zum Lächeln?

Jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger.

Mit wem würden Sie gerne auf eine einsame Insel fahren (Ehepartner ausgenommen)?

Mit Helmut Schmidt

Bürgermeisterkandidat Jan-Hendrik Röhse

Warum wollen Sie Bürgermeister werden?

Ich kenne Buchholz von klein auf. Als Grundschüler habe ich in der Schützenhalle geturnt, schwimmen gelernt habe ich bei Wolgast. Seit dieser Zeit hat sich Buchholz gewaltig verändert – mit allen Vorteilen, aber auch mit Problemen. Heute wachsen meine Kinder in dieser Stadt auf, und ich möchte, dass auch ihre Generation unsere Stadt so erlebt, wie sie heute ist: modern, grün und tolerant. Als Bürgermeister kann ich und werde ich meinen Beitrag dafür leisten.

Wo brennt es am meisten in der Stadt?

Durch erfreulich stark angestiegene Geburtenzahlen haben wir einen erheblichen Nachfragedruck nach Krippenplätzen. Hier müssen wir sehr zeitnah weitere Plätze schaffen. Des Weiteren müssen wir in den kommenden Jahren erheblich in unsere Infrastruktur investieren, also in öffentliche Gebäude (z.B. Schulen, Sportanlagen, Feuerwehr), in die Sanierung unseres Straßen- und Radwegenetzes so wie in den weiteren Ausbau des Liniennetzes des Buchholz-Bus. Thema Nr. 3 ist die nachfragegerechte Entwicklung von Bauland und Wohnraum für jung und alt so wie für Menschen mit geringem Einkommen.

Wie wollen Sie die Verkehrsprobleme in Buchholz lösen?

Der Ostring ist nach Einschätzung aller Verkehrsgutachter die einzige sinnvolle Maßnahme zur Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr. Die vereinzelt diskutierte "Bypass-Lösung" schafft nach Ansicht der Gutachter mehr Probleme, als sie löst, und ist somit keine Alternative. Sobald das Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht abgeschlossen ist, ist deshalb der Bau des Ostrings in Angriff zu nehmen – gegebenenfalls mit einer geänderten Planung hinsichtlich des vom Gericht in erster Instanz beanstandeten Zubringers am Heidekamp. Diese Maßnahme hat vor allen anderen Verkehrsprojekten Priorität.

Was bringt Sie in Ihrer Stadt zum Lächeln?

Das großartige ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, egal ob im Sport, in der Kultur, bei Feuerwehr und Rettungsdiensten – viele Menschen engagieren sich für ihre Mitbürger. Das ist Buchholz!

Mit wem würden Sie gerne auf eine einsame Insel fahren (Ehepartner ausgenommen)?

Da meine Kinder noch schulpflichtig sind, würde ich unsere Mischlingshündin Pingo mitnehmen: Sie ist wachsam, hat ein Gespür für meine Stimmungen und hört mir stets aufmerksam zu.

Bürgermeisterkandidat Uwe Schulze

Warum wollen Sie Bürgermeister werden?

Ich lebe seit meiner Geburt, also 48 Jahre in Buchholz und habe dadurch die Höhen und Tiefen in und um Buchholz als ständigen Begleiter an meiner Seite gehabt. Um Einfluss auf Veränderungen zu haben muss man sich beteiligen. In Buchholz muss dem Bürger wieder Beachtung geschenkt werden. Alle Veränderungen, die wir jetzt machen, sind für die Zukunft von Buchholz, also auch für die Menschen, die hier leben. Wir müssen in Punkto Verkehr dringend etwas unternehmen, aber auch für Kinder und Jugendliche, beispielsweise ein Jugendparlament. Bezahlbare Kitaplätze und Wohnräume schaffen. Sehr viel höhere Bürgerbeteiligung.

Wo brennt es am meisten in der Stadt?

Das Verkehrsproblem ist nach meinen Informationen das gewaltigste Thema. Ein Komplettkonzept für Verkehr muss Barrierefreiheit, Fußgänger, Radfahrer, Autos, Schwerlastverkehr, Bus und Bahn beinhalten. Also auch die Verlegung in eine günstigere HVV Tarifzone. Ein intelligentes Ampelsystem ist dabei erforderlich. Kitas schaffen, auch bezahlbar. Gerade für Alleinerziehende ist es wichtig, dass sie ihr Kind in vertrauensvolle Hände geben können, um sich den Lebensunterhalt zu sichern. Buchholz ist Familienstadt, und das wollen wir auch ruhigen Gewissens zeigen. Die kaum spürbare Bürgerbeteiligung muss stark erhöht werden. Wenn die Bürger der Stadt spüren dass sie wieder beachtet werden, dann ist das ein Mehrwert und ein Aushängeschild für die Stadt Buchholz. Aus meinem Berufsleben kenne ich das, und es hat sich schon im kleinsten Kreis bewährt. Mich interessiert was die Buchholzer denken. Auch die Bürgerfragestunden könnte man vom zeitlichen und von der Häufigkeit erhöhen.

Wie wollen Sie die Verkehrsprobleme in Buchholz lösen?

Hier kann man nur richtig agieren, wenn man ein Gesamtkonzept "Verkehr" entwickelt. Alle Schritte müssen zusammen geplant werden, denn sonst verbaut man sich beim üblichen "Step by Step"-Verfahren weitere Schritte eines Konzepts. Es gibt nicht nur den Ostring oder nur den Mühlentunnel. Vor allem sehe ich keine Probleme sondern Aufgaben. Aufgaben die es gilt zu lösen, und zwar mit allen zusammen.

Was bringt Sie in Ihrer Stadt zum Lächeln?

Es bringt mich immer zum Lächeln wenn ich in lächelnde und zufriedene Gesichter schauen kann. Es bringt mich auch zum Lächeln wenn ich helfen kann und die Hilfe nicht erkennbar von mir kam. Das Grün unserer Stadt und die Gelassenheit einiger Menschen lässt mich aber auch lächeln. Man kann aber auch negativ lächeln, und dass kommt vor wenn ich Verbohrtheit sehe und spüre.

Mit wem würden Sie gerne auf eine einsame Insel fahren (Ehepartner ausgenommen)?

Ich würde Helmut Schmidt mitnehmen, denn mit ihm würde ich dann endlich mal unter vier Augen über sehr viele Dinge sprechen können und wollen, die mir lange schon unter den Fingernägeln brennen.

Bürgermeisterkandidat Joachim Zinnecker

Warum wollen Sie Bürgermeister werden?

Buchholz ist eine tolle Stadt im Grünen und meine Heimat. Das Leben der Menschen soll hier lebenswert bleiben. Dafür engagiere ich mich seit vielen Jahren. Ich bringe langjährige berufliche und politische Erfahrungen mit, die für das Amt des Bürgermeisters erforderlich sind. Zukunftsthemen, wie z. B. den Ausbau eines schnellen Datennetzes sowie notwendige Veränderungen in der Zusammenarbeit von Stadtrat, Bürgern und dem Rathaus werde ich als Bürgermeister von Buchholz voran treiben.

Wo brennt es am meisten in der Stadt?

In den nächsten Jahren muss in Buchholz bezahlbarer Wohnraum entstehen. Die Umsetzung der dazu bereits bestehenden Beschlüsse des Stadtrates werde ich mit größerem Engagement verfolgen als der jetzige Bürgermeister. Genossenschaftliche Wohnformen für Jung und Alt sind auch in Buchholz erforderlich. Die Attraktivität von Buchholz als Stadt im Grünen und vor allem der Wochenmarkt ziehen Käufer aus dem weiten Umland an. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern und damit Kaufkraft an Buchholz binden. Die Belebung der Innenstadt werde ich mit meinen langjährigen Erfahrungen im Vertrieb und im Marketing voran bringen können. So kann ich mir z. B. im Sommer Musikveranstaltungen und im Winter eine Eisbahn im Peets Hoff gut vorstellen. Nach meiner Auffassung ist der Bürgermeister der "Chefverkäufer" seiner Stadt und deren Stärken.

Wie wollen Sie die Verkehrsprobleme in Buchholz lösen?

Die Erweiterung der Stadtbuslinien auch in die Buchholzer Ortschaften, eine Ausweisung von Fahrradstrecken, der Bau einer Radstation am Bahnhof und der Ausbau bestehender Straßen und Wegeverbindungen stehen auf meiner Agenda. Der Baubeginn des Mühlentunnels ist für Ende 2015/Anfang 2016 vorgesehen. Ich freue mich schon auf die Bürgerbeteiligung und den ersten Spatenstich. Im Anschluss an den Bau des Tunnels ist die Entlastung der Innenstadt durch einen Bypass entlang der Bahn geplant. Der Ostring kann ja wegen des Gerichtsentscheides gegen das Planfeststellungsverfahren nicht gebaut werden. Der zukünftige Bürgermeister muss also ganz neu planen und mit dem auch neu gewählten Landrat eine Lösung finden, die sowohl die Ostringgegner als auch die Befürworter versöhnen kann.

Was bringt Sie in Ihrer Stadt zum Lächeln?

Für mich macht das Treffen vieler freundlicher und engagierter Menschen die Qualität des Zusammenlebens in Buchholz aus. Viele, die wie ich nach Buchholz gezogen sind, wurden mit offenen Armen aufgenommen. Ich sehe hier glückliche Familien und auch ältere Menschen, die das Leben in Buchholz genau so gern mögen wie ich.

Mit wem würden Sie gerne auf eine einsame Insel fahren (Ehepartner ausgenommen)?

Eine Handvoll Freunde aus Buchholz würde ich schon gerne mitnehmen. Dazu einige gute Krimis. Auch eine schöne Flasche Rotwein und Zutaten für ein leckeres Essen sollten dabei sein. Und natürlich würde ich die beste Ehefrau von allen einschmuggeln!

„Bürgerentscheid ist ein klarer Auftrag“

WOCHENBLATT-Interview mit Bürgermeister-Kandidat Jan-Hendrik Röhse (50)

os. Buchholz. Im fünften und letzten Interview mit den Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Buchholz am Sonntag, 25. Mai, kommt Jan-Hendrik Röhse (50, CDU) zu Wort. Der Erste Stadtrat der Stadt Buchholz ist verheiratet und hat zwei Kinder.

WOCHENBLATT: Was hat Sie bewogen, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren?

Jan-Hendrik Röhse: Ich bin in Buchholz aufgewachsen und habe die meiste Zeit meines Lebens hier verbracht. Seit mehr als fünf Jahren bin ich als allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters in der Verwaltungsführung tätig. Ich möchte diese erfolgreiche Arbeit als Bürgermeister zum Wohle aller Buchholzer fortsetzen und die Weichen für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt in die richtige Richtung stellen.

WOCHENBLATT: Welche Projekte in Buchholz halten Sie für die dringendsten?

Jan-Hendrik Röhse: In den letzten beiden Jahren hatten wir – erfreulicher Weise – stark steigende



Bürgermeister-Kandidat Jan-Hendrik Röhse

Geburtenzahlen. Damit ist aber auch die Nachfrage nach Krippenplätzen stark gestiegen. Hier müssen wir sehr zeitnah für weitere Angebote sorgen. Desweiteren müssen wir in den nächsten Jahren verstärkt in die Infrastruktur unserer Stadt investieren, also in öffentliche Gebäude sowie in das Straßen- und Radwegenetz. Auch der heute schon vorbildliche Buchholz-Bus sollte im Rahmen des wirtschaftlich Machbaren weiter ausgebaut werden. Nicht zuletzt ist der starken Nachfrage nach Bauland

und bezahlbaren Wohnungen Rechnung zu tragen.

WOCHENBLATT: Wie wollen Sie mit dem Thema „Ostring“ umgehen?

Jan-Hendrik Röhse: Für mich ist das Ergebnis des Bürgerentscheids vom Januar 2013 ein klarer Auftrag. Darüber hinaus haben gutachterliche Untersuchungen im Rahmen des Mobilitätskonzeptes ergeben, dass es zum Ostring keine vernünftige Alternative gibt – auch nicht die viel diskutierte Bypass-Lösung. Die Ergebnisse der Gutachter liegen seit November 2013 vor. Sobald

die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zum Planfeststellungsbeschluss vorliegt, ist deshalb der Bau des Ostrings in Angriff zu nehmen – gegebenenfalls mit einer Planänderung hinsichtlich des vom Verwaltungsgericht beanstandeten Zubringers „Heidekamp“. Wer den Ostring für nicht finanzierbar hält, muss den Bürgern im Übrigen sa-

gen, wie er denn den Bau des Mühlentunnels bezahlen will, dessen Kosten mit wenigstens zehn Millionen Euro veranschlagt werden.

WOCHENBLATT: Als Bürgermeister wären Sie Dienstherr von fast 300 Mitarbeitern. Sehen Sie es als Vor- oder Nachteil an, dass Sie als Erster Stadtrat und Dezernent bereits in der Stadtverwaltung gearbeitet haben?

Jan-Hendrik Röhse: Aus meiner Sicht ist dies ein Vorteil: Ich arbeite seit mehr als fünf Jahren mit den Kollegen in der Verwaltung gut und vertrauensvoll zusammen. Wir sind ein star-

kes Team und werden das mit mir an der Spitze auch bleiben.

WOCHENBLATT: Sie haben vier Konkurrenten. Wie sehen Sie ihre Wahlchancen?

Jan-Hendrik Röhse: Trotz der starken Konkurrenz sehe ich gute Chancen, die absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang zu erreichen. Knapp wird das allemal.



Stichwahl in Buchholz – Röhse und Zinnecker fast am Ziel

Corinna Panek

Am 15. Juni ist Stichwahl um das Bürgermeisteramt. Empore und Abendblatt laden zum Wahlhearing mit den beiden Kandidaten. Im ersten Wahlgang lag der CDU-Kandidat Röhse deutlich vor dem Grünen Zinnecker.

Buchholz. Eigentlich wollen sie ja beide das Gleiche: Dass es den Buchholzern und ihrer Stadt gut geht, nicht nur heute, sondern auch in den kommenden Jahrzehnten. Wie also sollen die Bürger ihre Entscheidung treffen, für wen sie bei der Stichwahl ums Bürgermeisteramt am Sonntag, 15. Juni, stimmen? Was unterscheidet die Kandidaten, was eint sie? Und wie glaubwürdig sind sie?

Davon sollen sich morgen Abend möglichst viele Buchholzer ein Bild machen, wenn die beiden Kandidaten Joachim Zinnecker und Jan-Hendrik Röhse, die Empore Buchholz und das Hamburger Abendblatt zu einem Wahlhearing laden. Ab 19 Uhr haben die beiden Kandidaten nochmals die Möglichkeit, ihre Positionen, ihre Ziele und ihre Strategien vorzustellen. Dabei stellen sie sich den Fragen von Frank Ilse, Leiter der Abendblatt-Regionalredaktion Harburg.

Einigkeit herrscht zwischen dem CDU-Kandidaten Röhse und dem Grünen Zinnecker, der aber mit Unterstützung von SPD, Buchholzer Liste und Piratenpartei als unabhängiger Kandidat antritt, darüber, dass Buchholz ein Verkehrsproblem hat, das dringend gelöst werden muss.

Auch die vom Rat einstimmig beschlossene Schuldenbremse ist unstrittig. Dass Familien und Senioren ebenso gefördert werden sollen wie Sport, Kultur und Freizeit versteht sich von selbst.

Unterschiedlicher Meinung sind die Kandidaten vor allem beim Thema Verkehr: Während Röhse klar den Bau des Ostrings befürwortet, strebt Zinnecker nach einer alternativen Lösung: Statt eine neue Umgehungsstraße in einigem Abstand zur Wohnbaugrenze zu bauen, will er vorhandene bahnahe Feldwege zur Straße ausbauen.

Beim Thema Wohnen will Zinnecker neue Wege gehen und in Buchholz genossenschaftlichen Wohnungsbau ermöglichen. Beide Kandidaten setzen zudem darauf, dass die Rütgersfläche endlich zur Wohnbaufläche wird. Doch immer noch hat kein Investor definitiv zugesagt, das mit Teerrückständen belastete Fabrikgelände zu erschließen. Während Röhse weiter ergebnisoffen Baulandflächen prüfen will, legt Zinnecker den Schwerpunkt auf Verdichtung.

Damit die Stadt in finanzieller Hinsicht gesund bleibt, wollen beide Kandidaten an der Schuldenbremse festhalten. Röhse will dennoch die Bürger nicht zusätzlich belasten – das kommt der Quadratur des Kreises gleich. Zinnecker dagegen hat nie einen Hehl daraus gemacht, bei Bedarf auch Steuern zu erhöhen. So schlägt er vor, die Grundsteuer moderat anzuheben, um um Gegenzug Kindergartengebühren senken zu können.

Ansonsten stehen sich beide Kandidaten näher, als es zunächst den Anschein hat: Röhse appelliert zu Eigenverantwortung und bürgerschaftlichem Engagement, Zinnecker fordert zu Projektvorschlägen auch einen geeigneten Finanzierungsvorschlag.

Und wie stehen die Chancen für die Kandidaten? Immerhin hat Jan-Hendrik Röhse im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit nur knapp verpasst – er erhielt 49 Prozent der Stimmen. Der Zweitplatzierte Joachim Zinnecker erhielt 27,4 Prozent und muss mächtig aufholen. Die drei unabhängigen Kandidaten Ronald Bohn, Norbert Keese und Uwe Schulze erhielten 11,2 Prozent, 7,1 Prozent und 5,3 Prozent der Stimmen.

Um die Wahl noch zu gewinnen, müsste Zinnecker also die Wähler der Unabhängigen für sich gewinnen – was kein Selbstgänger ist: Sowohl Bohn als auch Keese sind eher dem "bürgerlichen Lager" zuzurechnen. Sein Amt wird der neue Bürgermeister erst im Herbst antreten: Bis zum 31. Oktober ist der jetzige Amtsinhaber Wilfried Geiger noch Chef im Buchholzer Rathaus.

Die detaillierten Wahlprogramme und persönliche Angaben zu den Kandidaten findet sich im Internet unter www.joachim-zinnecker.de und jan-hendrik-roehse.de

Entscheidet Ostring die Wahl?

Vor der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Buchholz: Röhse und Zinnecker im WOCHENBLATT-Streitgespräch



Beim Gespräch im WOCHENBLATT-Haus: (v. li.) Jan-Hendrik Röhse und Joachim Zinnecker mit WOCHENBLATT-Redakteur Oliver Sander

os. Buchholz. Aus fünf Kandidaten wurden zwei: Bei der Stichwahl für das Amt des Bürgermeisters haben die Buchholzer am Sonntag, 15. Juni, die Wahl zwischen dem Ersten Stadtrat Jan-Hendrik Röhse (50) und Grünen-Fraktionsvorsitzendem Joachim Zinnecker (58). Im ersten Wahlgang holte Röhse 49 Prozent der Stimmen, auf Zinnecker entfielen 27,4 Prozent. Vor dem entscheidenden Urnengang lud das WOCHENBLATT die beiden Kandidaten zum Streitgespräch ein.

WOCHENBLATT: Offensichtlich ist der Ostring ein entscheidendes Thema bei der Wahl. Was wollen Sie als Bürgermeister tun, um das Verfahren wieder in Gang zu bekommen? Immerhin hat das Verwaltungsgericht Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss für den Ostring bereits vor drei Jahren gekippt.

Jan-Hendrik Röhse: Wenn das Urteil bestehen bleibt, muss man schauen, ob man die kritisierten Fehler bei der Zufahrt am Heidekamp beheben kann. Ich bin davon überzeugt, dass dafür keine komplett neue Planung notwendig ist. Bevor das Oberverwaltungsgericht nicht entschieden hat, kann man nicht wirklich etwas tun. Klar ist, dass Buchholz eine östliche Umfahrung braucht.

Joachim Zinnecker: Aufgabe



Jan-Hendrik Röhse: „Ich habe die besseren Konzepte“

des neuen Buchholzer Bürgermeisters ist es, mit dem neuen Landrat eine brauchbare und finanzierbare Lösung zu finden und nicht die Planung der 1970er Jahre zu zementieren. Das sind wir den Bürgern schuldig. Sollte das Urteil aufgehoben werden, stünden die Stadt und der Landkreis vor weiteren Jahren der gerichtlichen Auseinandersetzung.

Röhse: Ich halte die von Herrn Zinnecker ins Spiel gebrachte Bypass-Lösung für ein Feigenblatt, weil sie nicht umsetzbar ist. Das ist gutachterlich bestätigt worden.

Zinnecker: Der Bypass ist eben nicht bis zu Ende untersucht worden, weil die Stadtverwaltung keine genaue Verkehrsuntersuchung zugelassen hat.



Joachim Zinnecker: „Ich bringe Lebenserfahrung ein“

Dafür sagt die Stadt nicht, wie sie den Ostring finanzieren will.

WOCHENBLATT: Sie gelten beide als Anhänger des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK). Wie wollen Sie erreichen, dass das ISEK nicht nach Fertigstellung in der Schublade verschwindet, wie z.B. das Radfahrkonzept?

Röhse: Das ISEK hat eine andere Qualität als bisherige Konzepte. Es wird aus dem Rathaus mit Nachdruck betrieben und mit interdisziplinären Arbeitsgruppen vorangebracht.

Zinnecker: Das ISEK bietet zum ersten Mal die Chance, Stadtentwicklung geordnet zu betreiben. Bislang geschah das eher zufällig. Es ist gut, dass beim ISEK ein breiter Konsens

im Rat besteht.

WOCHENBLATT: Sie haben beide die Bebauung des Rüttersgeländes ins Spiel gebracht. Das wird aber schon seit Jahren diskutiert. Was macht Sie optimistisch, dass die Bebauung jetzt möglich ist?

Zinnecker: Wir können jetzt mit der stadteigenen Grundstücksentwicklungsgesellschaft selbst aktiv werden. Das halte ich für wichtig. In den vergangenen acht Jahren unter Bürgermeister Geiger ist nichts passiert. Das muss sich ändern.

Röhse: Ich kann nur davor warnen, dass sich die Stadt das in Teilen kontaminierte Grundstück ans Bein bindet. Wir müssen intensiver mit potenziellen Investoren ins Gespräch kommen. Das ist in jüngster Vergangenheit schon geschehen.

WOCHENBLATT: Am Ende des Jahres muss die Stadt die noch nicht veräußerten Grundstücke im Gewerbegebiet am Trelder Berg zurückkaufen...

Zinnecker: Durch unsere eigene Entwicklungsgesellschaft haben wir endlich wieder das Heft des Handelns zurückbekommen. Das ist positiv, immerhin drohen uns Kosten in Höhe von 15 Millionen Euro. Als Erstes muss das Gewerbegebiet attraktiver gestaltet werden. Da gehören die Grünzüge rein, die im Bebauungsplan festgelegt wurden.

Röhse: Ich bin kein Freund davon, alles schlecht zu reden. Gerade in den vergangenen Monaten haben wir viele Grundstücke verkauft. Ich bin optimistisch, dass wir diese Impulse fortsetzen können.

WOCHENBLATT: Warum sind Sie der bessere Kandidat für das Bürgermeisteramt?

Röhse: Ich habe die deutlich besseren Konzepte, Buchholz modern und tolerant zu gestalten. Ich treffe auch mal Entscheidungen, die nicht überall auf Gegenliebe stoßen. Es ist immer einfach, nur gegen etwas zu sein.

Zinnecker: Weil ich die Zukunft von Buchholz nicht nur verwalten, sondern gestalten will. Zudem verfüge ich über deutlich mehr Berufs- und Lebenserfahrung, die ich im Amt einbringen kann.

WOCHENBLATT: Herr Röhse, Herr Zinnecker, vielen Dank für das Gespräch.

Verbalattacken bei Diskussion der Bürgermeisterkandidaten

Corinna Panek



Joachim Zinnecker (links) und Jan-Hendrik Röhse (rechts) beantworteten auch Zuschauerfragen. Abendblatt-Redaktionsleiter Frank Ilse moderierte

Foto: Corinna Panek

Buchholzer Bürgermeisterkandidaten behaken sich bei Podiumsdiskussion – über den Ostring, Radwege und Bauland. Am Sonntag, 15. Juni, wird in der Stichwahl der Sieger ermittelt.

Buchholz. Zehn Tage vor der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Buchholz ist mit Zurückhaltung Schluss. Jan-Hendrik Röhse (CDU) hatte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit knapp verfehlt und sein Gegner Joachim Zinnecker (Grüne) rund 27 Prozent der Stimmen erhalten. Entschieden ist die Wahl aber noch nicht.

Beim Wahlhearing in der Empore am Mittwochabend zeigte sich Zinnecker schlagfertig und angriffslustig, Röhse eher dünnhäutig und angespannt. Zu Beginn stellte Frank Ilse, Leiter der Abendblatt-Redaktion in Harburg, als Moderator gleich die provokante Frage, warum Zinnecker seinem Gegner Wählertäuschung vorwerfe.

"Weil Herr Röhse suggeriert, er sei in der Lage den Ostring voranzutreiben, dabei weiß er doch, dass der Landkreis zuständig ist, die Chance vor Gericht gering und die Finanzierung nach den neuen Förderrichtlinien des Landes nicht mehr gegeben. Er streut den Wählern Sand in die Augen."

Röhse konterte: "Herr Zinnecker verschweigt, dass er befangen ist: Da er die Kläger gegen den Ostring vertritt, kann er niemals eine objektive Lösung erarbeiten. Das Gutachten im Rahmen des Mobilitätskonzeptes hat gezeigt, dass das von Herrn Zinnecker angestrebte Bypass-Konzept die schlechteste Lösung ist."

Die größte Verbalattacke löste allerdings der neue Fahrradstreifen auf der Bremer Straße aus, zu dem sich ein Zuhörer kritisch äußerte. "Die Verwaltung war dagegen, die Leute auf die Straße zu zwingen", sagte Röhse. Darauf schleuderte Zinnecker dem gelernten Anwalt Röhse entgegen: "Die Radstreifen waren eine klare Empfehlung des Landes bei bestimmten Rahmenbedingungen, die hier gegeben sind. Selbstverständlich könnten die Leute weiter den Gehweg benutzen mit den Zusatzschild Radfahrer frei. Aber der Spitzenjurist der Stadt sieht sich nicht in der Lage, die Bürger zu informieren, das ist eine Riesensauerei. Pfui!"

Auch beim Thema Rütgersfläche ging es hitzig zu. Während Zinnecker sich dafür aussprach, die Verantwortung für die Erschließung des kontaminierten früheren Fabrikgeländes der Stadt zu übertragen – "zumal es dafür EU-Förderung gäbe", lehnte Röhse dies rigoros ab: "Ich warne davor, dass die Stadt sich die kontaminierte Fläche ans Bein bindet! Man darf sich nicht von EU-Mitteln blenden lassen." "Man kann drauf warten, dass der Goldene Ritter kommt und was macht, oder man kann selbst was machen", so Zinnecker.

Eine ZuhörerIn klagte, dass in der Innenstadt immer mehr Einzelhäuser von Mehrfamilienhäusern eingerahmt werden. "Wir sitzen da wie im Aquarium." Hier waren sich beide Kandidaten einig: "Solange das Baurecht es erlaubt, können wir es nicht verhindern." Das gelte auch für geplante Mastställe. "Wir haben ein Baurecht, und wenn das Recht solche Anlagen zulässt, kann ich sie als Bürgermeister nicht verhindern, selbst wenn ich dagegen bin", so Röhse.

Beim Kultur und Sport sprachen sich beide dafür aus, die gängige Förderpraxis beizubehalten. Vorbehaltlich der Finanzierbarkeit stellten sie eine Erweiterung der Nordheidehalle in Aussicht. Zinnecker wünschte zudem einen kleinen Veranstaltungsraum, "da müsste die Stadt eventuell etwas erwerben".

Apropos erwerben: Neue Schulden machen wollen beide Kandidaten nicht, Zinnecker will aber umverteilen: Etwa den Kindergartenbesuch mit 100 Euro pro Kind und Monat subventionieren und dafür die Grundsteuer erhöhen. "Wenn die Kosten steigen, müssen auch die Preise steigen. Wenn man die CDU nach Einsparpotenzial fragt, bekommt man ja keine Antwort", sagte er.

"Wie wollen Sie denn 1,7 Millionen Euro Kinderförderung mit Grundsteuererhöhung aufbringen? So viele Steuern kann man ja gar nicht erheben, wie man Dinge finanzieren müsste", echauffierte sich Röhse. Eine Steuererhöhung würde auch die arme Witwe als Mieterin treffen. Röhse sagte, er werde als Bürgermeister vor der eigenen Haustür kehren: "Ich sehe in der Verwaltung Sparpotenzial."

Und wie wird Buchholz in zehn Jahren sein? "Buchholz wird genauso schön sein, lebenswert und geprägt von bürgerschaftlichem Engagement", ist Zinneckers Vision. Röhse freute sich auf "gelöste Verkehrsprobleme, 35 Prozent Waldanteil oder mehr, eine familienfreundliche Stadt, die fair und tolerant gegenüber Andersdenkenden ist."

JAN-HENDRIK RÖHSE

Meine Ziele für Buchholz:

VERKEHR

- Umsetzung des Budgetentscheids vom 2001/2011 zum Bau einer Ortsumgehung (Hafenstadt/Görting)
- Entlastung der Innenstadt durch Sanierung und Tunnelbau
- Fortschritt des öffentlichen Personennahverkehrs
- Aufbau eines intelligenten Radwegenetzes

FAMILIE + KINDER

- Weitere Krippenplätze und Ganztagsplätze im Zentrum/berreich
- Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertagesstätten und der Offertunde
- Stärkere Platzierung für Seniorenen und Senioren in das gesellschaftliche und kulturelle Leben der Stadt, u.a. durch spezielle Projekte mit Kitas, Grundschulen
- Schaffung von Tagespflegeplätzen

FINANZEN + WIRTSCHAFT

- Stärkung der heimischen Wirtschaft
- Bedarfsgerechte Ausweisung weiterer Gewerbeflächen
- Sende Haushaltsführung mit Augenmerk

SPORT + EHRENAMT

- Verlässliche Bereitstellung von Investitionsmitteln der Vereine
- Wiedereinrichtung der Kondelhalle zum Sportzentrum Nr. 1
- Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr zur weiteren Sicherstellung eines funktionierenden Brandschutzes in Buchholz

WOHNEN

- Maßvolle Ausweisung neuer Baugelände, um den Nachfrage nach Wohnraum auch künftig gerecht zu werden
- Entwicklung der Patzerbach als zentrumsnahes Wohngebiet
- Erhöhter Energieeffizienzniveau von Grundstückseigentümern durch eine weitestweitere Verschärfung der Bauvorschriften

49%

...haben noch nicht gereicht!

Morgen ist Stichwahl!

Ich bitte Sie um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen
... für ein starkes Buchholz!



CDU

www.jan-hendrik-roehse.de

„Stillstand darf nicht sein“

WOCHENBLATT-Interview mit Buchholz' künftigem Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse (50)

os. Buchholz. Buchholz wird ab 1. November für sieben Jahre von Jan-Hendrik Röhse (CDU, 50) als Bürgermeister geführt. In der Stichwahl setzte sich der Erste Stadtrat deutlich mit 61,3 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen seinen Kontrahanten Joachim Zinnecker (Grüne, 38,7 Prozent) durch. Im Interview mit WOCHENBLATT-Redakteur Oliver Sander formuliert Röhse seine ersten Ziele.

WOCHENBLATT: Wann wich die Anspannung am Wahlabend?

Jan-Hendrik Röhse: Als die Ergebnisse der ersten sieben oder acht Wahlbezirke vorlagen, habe ich gemerkt, dass der Trend gut ist. Ich war vorab durchaus angespannt, ganz sicher war ich meiner Sache nicht.

WOCHENBLATT: Sie haben eine klare Mehrheit geholt. Wie werten Sie den Wählerauftrag?

Röhse: Ich habe im Wahlkampf klare programmatische Aussagen gemacht und werte das Ergebnis als Auftrag, diese umzusetzen. Ich will das Thema „Ostring“ gar nicht auswalzen, aber wir müssen dringend die „östliche Umgehung“ angehen



Ab 1. November Chef im Buchholzer Rathaus: Jan-Hendrik Röhse setzte sich in der Stichwahl deutlich gegen seinen Kontrahenten Joachim Zinnecker durch

und umsetzen. Politisch muss das Thema bis zur Kommunalwahl im Jahr 2016 durch sein.

WOCHENBLATT: Welche Vorhaben wollen Sie nach dem Amtsantritt am 1. November als erste angehen?

Röhse: Wir haben gleich die Haushaltsberatungen vor der Brust und damit den schwierigsten Brocken. Mit dem Etat können wir gleich Akzente für 2015 setzen. Zudem müssen wir uns um das Thema „Krippen“

kümmern. Das werden wir aber bereits vor dem 1. November tun, denn die Ausweisung weiterer Krippenplätze duldet keinen Aufschub.

WOCHENBLATT: Ihnen wurde im Wahlkampf öffentlich vorgeworfen, als Sozialdezernent nicht immer im notwendigen Maß mit dem Rat kooperiert zu haben. Wie sehen Sie die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Rat und dem Bürgermeister Röhse?

Röhse: Ich konnte den Vorwurf ehrlich gesagt nicht nachvollziehen. Klar ist doch, dass ich als Bürgermeister Mehrheiten im Rat für meine Vorhaben organisieren muss. Dabei ist es nicht wichtig, dass ich das CDU-Parteibuch habe. Ich werde auf alle Ratsmitglieder zugehen und keinen Konfrontationskurs einschlagen. Wichtig ist: Stillstand darf es in Buchholz nicht geben.

WOCHENBLATT: Vielen Dank für das Gespräch.

Nutzt das Geld lieber anders: Stichwahlen sind nicht mehr zeitgemäß

Am Sonntag waren in Buchholz und in der Samtgemeinde Tostedt die Bürger aufgerufen, den Bürgermeister für die kommenden sieben Jahre zu wählen. Eine wichtige Entscheidung und ein wichtiges Gut in jeder Demokratie. Doch was machen die Bürger? Sie bleiben mehrheitlich zu Hause! In Tostedt lag die Wahlbeteiligung bei 48 Prozent, in Buchholz nur bei 42 Prozent. Das

ist beschämend. Die Frage muss gestellt werden: Sind Stichwahlen noch zeitgemäß? Ich sage: nein!

In beiden Kommunen hatten die Bürger bereits drei Wochen zuvor die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben. 54,8 Prozent der Tostedter und 57,2 Prozent der Buchholzer nutzten sie. Das ist nicht überr-

gend, aber eben deutlich mehr als bei der Stichwahl.

In beiden Kommunen ziehen die Sieger der ersten Wahlrunde auch ins Rathaus ein. Offenbar ist es eine Mär, Wähler noch in Scharen in das eine oder andere Lager ziehen zu können. In Buchholz hat Jan-Hendrik Röhse im zwei-

ten Wahlgang sogar fast 600 Stimmen weniger erhalten als im ersten, sein Kontrahent Joachim Zinnecker gewann aber nur rund 300 Stimmen hinzu.

Auch die Kosten sprechen gegen eine Stichwahl. In Tostedt kostete allein der zweite Wahlgang rund 10.000 Euro, in Buchholz sogar 15.000 Euro. Das Geld hätte man sinnvoller verwenden können.

Oliver Sander

Kommentar

Miese Noten für Radverkehr

Mobilitätskonzept liegt vor / Knackpunkte: Tunnel, Ostring, Südtangente / Soll der „Treffpunkt“ weg?

os. Buchholz. Seit mehr als zwei Jahren wurde an Runden Tischen und in Arbeitsgruppen beraten und diskutiert, wie sich der Verkehr in Buchholz in den kommenden Jahren entwickeln soll. Jetzt liegt der Endbericht des Mobilitätskonzeptes vor. „Das Konzept bietet eine gut geeignete, programmatische Grundlage zur Weiterentwicklung der Verkehrssysteme in Buchholz“, erklärt Projektleiter Prof. Dr. Wolfgang Haller vom ausführenden Ingenieurbüro SHP aus Hannover.

Vor allem die Projekte Mühltunnel, Südtangente und Ostring seien voranzutreiben, rät Haller, um die in der öffentlichen Diskussion beanstandeten Unzulänglichkeiten im Straßennetz zu beheben. Beim Ostring solle im Zusammenhang mit den Planungen zur weiteren Stadtentwicklung die Trassierung nochmals näher betrachtet werden, so Haller.

Der Bau der Südtangente paral-



Soll der Treffpunkt an der Adolfstraße bleiben? Auch dazu sollen Verwaltung und Politik laut Mobilitätskonzept Stellung beziehen

lel zur Bremer Straße entlang der Bahnlinie Bremen-Hamburg habe „hohe Priorität“. Der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) an der Lindenstraße soll dann auf die nördliche Seite der Bahnlinie zwischen Kabenhof und Plaza-Markt verlegt werden. In diesem Zusammenhang müsse man auch überlegen, ob der Stadtbus-Treffpunkt an der

Adolfstraße ebenfalls dorthin soll.

Ein schlechtes Zeugnis stellen die Planer der Stadt Buchholz beim Radverkehr aus. Trotz Bemühungen in den vergangenen Jahren sei das Radverkehrsnetz weiter lückenhaft. Der Radverkehr erfolge vorrangig im Seitenraum auf teilweise nicht dafür geeigneten Wegen. Attrak-

tive Alternativrouten abseits der Hauptverkehrsstrecken fehlten fast vollständig. Hier müsse gegengesteuert werden. Ziel ist es laut Mobilitätskonzept, den Radverkehrsanteil von heute 14 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2025 zu steigern.

Das Mobilitätskonzept wird den Lokalpolitikern im Planungsausschuss am heutigen Mittwoch, 16. Juli, ab 18.30 Uhr in der Rathauskantine vorgestellt. Die Bürger sollen in einer Abschlussveranstaltung nach der Sommerpause über die Ergebnisse informiert werden. Der genaue Termin wird noch mitgeteilt.

• Sagen Sie uns Ihre Meinung: Soll der Stadtbus-Treffpunkt am jetzigen Standort an der Adolfstraße bleiben oder verlegt werden? Schreiben Sie eine Mail an red-buch@kreiszeitung.net oder eine Karte an Wochenblatt-Verlag, Bendestorfer Str. 3-5, 21244 Buchholz.

Buchholzer wollen mitplanen

Corinna Panek

Initiative Pro Buchholz versteht sich als Schnittstelle zwischen Bürgern und Stadt

Buchholz. Sie stehen noch ganz am Anfang, aber sie haben schon viele Pläne für ihre Stadt. Die Anfang des Jahres gegründete "Initiative Pro Buchholz" (IPROB) sieht sich als Schnittstelle zwischen Bürgern und Rathaus, will Wünsche und Ideen aufgreifen, bewerten, nach Priorität ordnen und an die Stadtverwaltung herantragen. Um erfolgreich zu arbeiten, brauchen die bislang 15 Mitglieder vor allem eines: Weitere Unterstützer und Menschen, die sich aktiv einbringen. Am Donnerstag, 28. August, stellt sich die IPROB bei einer Bürgerversammlung allen Interessierten vor (Deutsches Haus, Kirchenstraße 15, 19 Uhr).

"Wir wollen gern neue Leute gewinnen, die mitmachen", sagt der Vorsitzende Sprecher Peter Geßner. Sein Vorstandskollege Hans-Peter Schröder betont: "Wir agieren parteiunabhängig, und wir sind auch nicht die Handlanger des Rathauses." Das heißt nicht, dass die Initiative keine Position bezieht. "Wir sind klar für den Ostring", sagt Schröder, "aber auch für den sinnvollen Ausbau des Mühltunnels." Dessen Ausbau dürfe nämlich nicht dazu führen, dass Lkw-Fahrer den Seppenser Mühlenweg für sich als Abkürzung entdecken.

Doch zunächst geht es erst einmal darum, sich als Ansprechpartner für jedermann zu präsentieren. "Viele Bürger wagen nicht den Schritt ins Rathaus", meint Peter Geßner. Die IPROB könne helfen, dieses Hemmnis zu umgehen. "Auch wenn Bürger den Eindruck haben, dass ihre Eingaben zu lange nicht bearbeitet werden – wir bleiben dran", ergänzt Schröder. Ihr Schlüssel ist ihr Engagement beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK): An den Bürgerwerkstätten und den Stadtpaziergängen haben sie teilgenommen, und die Initiative ist bei Stadtbaurätin Doris Grondke und dem ISEK-Team auf offene Ohren gestoßen. Die IPROB wurde sogleich in die ISEK-Lenkungsgruppe aufgenommen, die sich aus Vertretern von Politik, Verwaltung, Vereinen und Initiativen zusammensetzt. Auch zum künftigen Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse (CDU) hat die IPROB bereits Kontakt aufgenommen. Mittelfristig, wahrscheinlich im kommenden Jahr, will sich die IPROB darum bemühen, ein beratendes Mitglied in die relevanten Fachausschüsse zu entsenden. "Sitz und Stimme im Rat streben wir aber nicht an", sagt Geßner.

Die Themen, die die Initiative als erstes anpacken möchte, betreffen Ordnung, Sauberkeit und Begrünung in der Innenstadt, sowie die Verkehrssituation. "Dabei gibt es durchaus Bereiche, die sich überschneiden", erklären die beiden Vorstände. Beispiel: Der kürzlich veröffentlichte Antrag der FDP, an der Hamburger Straße die Hecke zwischen Radweg und Fahrbahn zu entfernen, weil diese ein Sichthindernis und somit eine Gefahr darstelle. Vorschlag der IPROB: "Man könnte die Hecke auch einfach so kurz schneiden, dass die Sicht wieder frei ist." Weitere konkrete Ideen betreffen die geplante Sanierung der Parkstraße – hier wünschten sich Anwohner einen Fußgängerüberweg – oder die Gestaltung des Peets Hoff, wo sich die Senioren für die neuen Sitzbänke auch Rückenlehnen wünschten.

Die IPROB ist kein Verein und will dies auch nicht werden, gleichwohl gibt es eine Satzung. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben, die Initiative finanziert sich aus Spenden und durch Sponsoren, die zum Beispiel Flyer drucken oder beim Aufbau der Internetpräsenz helfen. Geplant ist, mindestens einmal pro Quartal eine Bürgerversammlung abzuhalten. Während es bei der ersten Versammlung am kommenden Donnerstag zunächst um die allgemeine Vorstellung der Initiative geht, sind für spätere Termine Fachvorträge von Experten geplant. Außerdem hat die IPROB regelmäßig einen Stand beim Wochenmarkt (das nächste Mal am Sonnabend, 30. August) und plant, an der Buchholzer Ehrenamtsmesse im November teilzunehmen. Sie will sich auch in den Schulen präsentieren.

"Wir wissen, dass wir uns viel vorgenommen haben und hoffen auf zahlreiche neue Mitglieder", sagen die Initiatoren. "Je mehr Bürger sich unserer Idee anschließen und mitmachen, desto größer wird die Wahrnehmung der Gedanken und Ideen sein und die Lebensqualität in unserer Stadt sich Schritt für Schritt verbessern", erklärt die IPROB. "Wir haben Lust, an der Verbesserung des Lebens in unserer Stadt teilzunehmen", sind sich die IPROB-Mitglieder einig.

Infos: www.ipro-buchholz.de und bei Fred Schäfer unter 04181/217 49 64 (di u. fr 17-19 Uhr)



Die Bauarbeiten an der Canteleubrücke dauern bis Oktober

Sanierung dauert länger als geplant

Canteleubrücke wird erst im Oktober fertig

os. Buchholz. Der vom Landkreis genannte Termin ist nicht zu halten: Die Bauarbeiten an der Canteleubrücke in Buchholz dauern länger als ursprünglich geplant. Statt dem Ende der Sommerferien nennt der Kreis nun Mitte Oktober als Termin für die Freigabe.

Wie berichtet, wird das Nadelöhr an der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung in Buchholz seit Anfang August saniert. Bei Untersuchungen waren Be-

schädigungen des Brückenunterbaus festgestellt worden.

Übrigens: Auffällig ist, dass sich trotz einspuriger Verkehrsführung auf der Canteleubrücke noch niemand über Staus beschwert hat. Im Gegenteil haben Autofahrer, die regelmäßig dort unterwegs sind, das Gefühl, dass die jetzige Ampelschaltung den Verkehr beschleunigt. Vielleicht sollte man darüber nachdenken, die Schaltung beizubehalten...

Nordheide Wochenblatt vom 3. September 2014

Gericht lässt Berufung zu: Neue Chance für Ostring?

Ortsumgehung in Buchholz: Richter raten Kreis und Kläger zu einem Mediationsverfahren

os. Buchholz. Öffnet dieses Urteil die Tür, um die umstrittene Ortsumgehung „Ostring“ in Buchholz nach jahrzehntelangem Streit doch noch zu realisieren? Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg hat dem Landkreis Harburg die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes (VG) Lüneburg gestattet. Im Februar 2011 hatten dessen Richter das Planfeststellungsverfahren für die rund sechs Kilometer lange Ortsumgehung kassiert. Das OVG rät dem Kreis als Bauherrn zu einem Mediationsverfahren mit den Klägern. Ob der Kreis dieses Angebot annimmt, wird derzeit gemeinsam mit der Stadt Buchholz abgestimmt.

Wie berichtet, streiten die Parteien seit Anfang der 1970er Jahre um den Bau einer östlichen Umfahrung. Mit wechselnden Mehrheiten im Buchholzer Stadtrat wurden die Planungen für den

Ostring wahlweise forciert (CDU/FDP) oder gebremst (SPD/Grüne). Im Januar 2013 hatten sich bei einem Bürgerbegehren 62 Prozent der Bürger indirekt für den Bau eines Ostrings ausgesprochen. Sie

votierten dafür, dass die Verträge zwischen Stadt und Landkreis zur Teilung der Kosten für die neue Straße bestehen bleiben. Der Kreis beziffert die Baukosten mit 17,5 Millionen Euro, tatsächlich

dürften die Gesamtkosten bei 30 Millionen und mehr liegen.

Buchholz' Ex-Bürgermeister Norbert Stein sieht in dem Mediationsverfahren „eine Chance, die wir unbedingt ergreifen sollten“. Voraussetzung für ein Gelingen sei, dass die vom Landgericht kassierte Ursprungsplanung deutlich abgespeckt würde. Stein sieht in einem geringeren Querschnitt der Fahrbahn, dem Weglassen von Brückenbauwerken und der Korrektur der Trassenführung Einsparpotenziale.

Sollte das Mediationsverfahren nicht zustande kommen, droht nach Ansicht von Beobachtern ein weiterer, jahrelanger Streit vor Gericht. Dann könnten die Klagen von zwei Grundstücksbesitzerinnen, die von der Trassenführung unmittelbar betroffen wären, wieder hervorgeholt werden. Diese waren nach dem VG-Urteil gar nicht mehr verhandelt worden.



Dieser Bürger sagt deutlich, was er will. Hat der Ostring durch das Mediationsverfahren eine neue Chance?

Neue Chancen für den Ostring um Buchholz

Rolf Zamponi



Beim Landkreis Harburg wird jetzt der Ostring in Buchholz neu vorangetrieben. Gegen die Entscheidung den Planfeststellungsbeschluss aufzuheben, hat das Oberverwaltungsgericht Berufung zugelassen

Foto: Rachel Wahba

Der Landkreis Harburg kann jetzt sein Planfeststellungsverfahren für die Umfahrung der Stadt doch wieder aufnehmen. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat Berufung gegen einen Gerichtsbeschluss zugelassen.

Buchholz. Neue Wende in dem seit Jahrzehnten andauernden Streit um den Ostring für Buchholz: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) hat zugelassen, dass der Kreis gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berufung einlegen kann. Damit steigen die Chancen, dass die sechs Kilometer lange Trasse doch noch gebaut wird.

Sie soll die Innenstadt vom Verkehr entlasten. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Lüneburg (VG) das Planfeststellungsverfahren aufgehoben. "Wir haben den neuen Beschluss zur Kenntnis genommen und schreiben nun eine Begründung für die Berufung", sagte Kreis-Sprecher Johannes Freudewald am Montag dem Abendblatt.

Das OVG rät nun Kreis, Stadt und Klägern zu einem Mediationsverfahren. Dabei würde ein neutraler Schiedsrichter versuchen, eine von allen Seiten akzeptierte Lösung zu finden. "Wir wollen in jedem Fall nach einem Weg suchen, das Ostring-Projekt umzusetzen und sind für die Mediation offen", sagt Freudewald.

Das gilt nicht nur für den Kreis, sondern auch für die Stadt Buchholz und die Kritiker der bisherigen Planung. So hält auch Joachim Zinnecker, der Fraktionssprecher der Buchholzer Grünen, die Mediation für "gut und richtig. Eine Entlastung für die Innenstadt wollen wir auch, aber keine

autobahnähnliche Schnellstraße um Buchholz, die viel Landschaft verbraucht und hohe Kosten verursacht."

Noch im Januar 2013 hatten sich mit fast 62 Prozent die Mehrheit der Beteiligten eines Bürgerbegehrens für eine Umgehung ausgesprochen. Sie hießen damals einen Vertrag zwischen der Stadt und dem Kreis gut, nach dem die Maßnahme zu gleichen Teilen finanziert werden sollte. Helfen soll der Bund über das Gesetz zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden.

Vom gut 17 Millionen Euro teuren Ausbau würde er 60 Prozent tragen. Stadt und Kreis würden sich die noch fehlenden rund sieben Millionen Euro teilen. Der Ostring soll dann in einem großen Bogen am Rande der Stadt die Kreisstraßen K28 und K13 miteinander verbinden.

Die Kritik setzte zuletzt an den Zuständigkeiten für das Projekt an. Drei Kläger, deren Grundbesitz von der geplanten Straße betroffen worden wäre, wandten sich das Verwaltungsgericht. Sie sahen zum einen kein Bedürfnis für die neue Trasse und wandten weiter ein, dass auch Belange der Landwirtschaft nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Das VG argumentierte schließlich formal. Weil die Anbindung der Umgehung keine Kreisstraße sei, sei der Landkreis auch nicht zuständig und das Projekt so insgesamt rechtswidrig.

Diese Argumentation, so heißt es jetzt vom OVG aus Lüneburg, wurde nun bemängelt. Denn die Anbindung sei eine notwendige Folgemaßnahme des Ostrings und die Planung sei selbst dann nicht rechtswidrig, wenn der Kreis nicht für die Baumaßnahmen insgesamt zuständig sei. Ob der Weg für den Ostring nun frei wird, hängt zunächst am OVG. Das Gericht muss über die Berufung entscheiden, die bis Ende September vorliegen muss. Als letzte Instanz könnte danach noch das Bundes-Verwaltungsgericht eingeschaltet werden.

Bauland: Die Zukunft der Stadt Buchholz liegt im Osten

Corinna Panek

Untersuchung von Baulandpotenzial: FDP will Vorschläge am Stadtrand und im Zentrum zügig umsetzen – Ostring-Planung ist kein Hindernis für künftige Entwicklung im Osten der Stadt

Buchholz. Die Buchholzer FDP-Fraktion macht Druck in Sachen Bauland: Nachdem die Verwaltung das Flächenpotenzial untersucht hat, sollen nach dem Willen der Liberalen Gebiete im Westen, im Osten und im Zentrum zügig entwickelt werden. Zugleich sollten Flächen im Besitz der Stadt nicht gegenüber privaten Flächen bevorzugt werden. In Buchholz gibt es so gut wie keine Bauplätze mehr, insbesondere für Einfamilien- und Reihenhäuser. Aber auch mehr kleine Wohnungen für Singles – egal ob jung oder alt – und Geringverdiener sind derzeit Mangelware.

Untersucht wurden 40 Flächen in der Kernstadt und den Ortschaften. Viele davon sind schon länger in der Diskussion. Die FDP kritisiert, dass aufgrund des ISEK-Prozesses (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) derzeit keine Flächen entwickelt werden, räumt aber ein, dass mit dem Untersuchungsbericht nun die Grundlage vorhanden ist. Im Antrag wird gefordert, zunächst folgende Flächen zu entwickeln:

Bremer Straße: Beiderseits gibt es am Ortsausgang Steinbeck Flächen, der südliche Teil davon ist im Besitz der Stadt. Auch SPD und Grüne möchten dieses Gebiet entwickeln – sie hatten dies vor gut einem Jahr bereits beantragt, verbunden mit der Forderung, Familien mit Kindern beim Kauf Rabatt zu gewähren.

Innenstadt: Entlang der Schaftrift liegt ein B-Plan bereits zur Abstimmung vor, er betrifft die unmittelbare Nachbarschaft zum Schulzentrum. Weiteres Potenzial gibt es aber auch am westlichen Ende der Schaftrift.

Östliche Kernstadt: Zwischen Bendestorfer Straße und Lüneburger Straße gibt es großflächige Bereiche, die ebenfalls überwiegend im Stadtbesitz sind. Damit würde die Wohnbebauung deutlich an den geplanten Ostring heranrücken. Wäre das am Ende ein Hindernis? "Nein", betont FDP-Fraktionschef Arno Reglitzky. "Die Verwaltung selbst hat diese Areale als fußläufig zur Innenstadt liegende Flächen ins Spiel gebracht." Hier könnten nicht nur Einfamilienhäuser entstehen, sondern auch Geschosswohnungsbau. Es sei auch nicht vorgesehen, diese Siedlungen dann an den Ostring anzubinden, "weil er keine Erschließungsstraße werden soll, sondern Kreisstraße wie geplant." Wie berichtet, ist der Landkreis Harburg bei der Planung einen kleinen Schritt vorangekommen: Das Oberverwaltungsgericht hat dem Widerspruch des Landkreises gegen den vom Verwaltungsgericht aufgehobenen Planfeststellungsbeschluss stattgegeben. Über die Zukunft der Umgehungsstraße wird nun wahrscheinlich in einem Mediationsverfahren entschieden.

Weiterhin unklar ist dagegen die Zukunft der Rütgersfläche südlich der Bahn. Obwohl das Gelände innenstadt- und bahnhofsnahe gelegen ist und damit äußerst attraktiv, passiert hier seit Jahren nichts, weil dort immer noch Schadstoffe aus der früheren Eisenbahnschwellenproduktion im Boden liegen. Wie der Landkreis Harburg bestätigt, stellt Rütgers derzeit in enger Absprache mit dem Kreis einen Sanierungsplan auf, für den weitere Bodenuntersuchungen notwendig sind.

Viele Flächen in dem Untersuchungsbericht sind "alte Bekannte", etwa das Gelände des ehemaligen Autohauses Hillmer an der Soltauer Straße. "Hier liegt eine Konzeption vor, die ebenfalls mit Hinweis auf das ISEK zurückgestellt wurde", informiert Reglitzky. Auch das Areal der Senator Technology in Sprötze (auch bekannt als Ritscher-Gelände) ist schon seit längerem als künftiges Bauland im Gespräch. Der Standort des städtischen Bauhofes wurde von Rot-Grün zur Entwicklung vorgeschlagen. Das Hauptproblem hierbei ist, dass für den Bauhof ein Ersatzstandort gefunden werden müsste und der Umzug entsprechend teuer würde.

Arno Reglitzky hofft, dass trotz des noch nicht abgeschlossenen ISEK – für ihn "ein Moratorium" – zügig Flächen entwickelt werden. "Ich verstehe nicht, dass öffentliche und private Flächen nicht die gleichen Prioritäten haben."

Im Rahmen des ISEK ist ermittelt worden, dass die Zahl der über 65-Jährigen wächst und es künftig mehr, aber dafür kleinere Haushalte geben wird. 2100 bis 2500 zusätzliche Wohnungen werden benötigt. Bei der Baulandentwicklung soll Nachverdichtung Priorität haben, das Zusammenwachsen von Ortschaften soll verhindert werden.

Kaum Chance für Werbe-Pylon

Ausschuss empfiehlt: Keine Anlage in Dibbersen / Kommt Mediation zum Ostring?

os. Buchholz. Die Chancen für Geschäftstreibende, in Dibbersen einen Werbe-Pylon zu errichten, sind stark gesunken: Der Planungsausschuss lehnte den FDP-Antrag mit großer Mehrheit ab, für den Bau eines Werbe-Schildes den Bebauungsplan zu ändern. Ein „Ja“ im Verwaltungsausschuss (VA) gilt als unwahrscheinlich.

Wie berichtet, wollten Gewerbetreibende mit dem Pylon die Auswirkung der neuen Umgehungsstraße „B75 neu“ auf ihre Geschäfte abmildern. Bürger und der Ortsrat Dibbersen hatten sich gegen die Werbeanlage ausgesprochen, weil sie ihrer Meinung nach der Ortskernentwicklung von Dibbersen entgegenstehe.

• Ab 2016 kann wegen der Komplettsanierung der Parkstraße das Radrennen „GP Buchholz“ nicht mehr auf der bewährten Innenstadtstrecke stattfinden. Auch in den Folgejahren sei das nicht möglich, sagte Jürgen Steinhage von der Stadtverwaltung. 2018/19



Verbesserung in Sicht: Das Grün auf der linken Seite soll entfernt werden

stehe der Neubau des Mühltunnels an, danach werde die Bremer Straße saniert.

• Mit großer Mehrheit empfahl der Ausschuss, zur Verbesserung der Sicherheit von Radfahrern Teile der Rabatten vor dem Rathaus an der Hamburger Straße zu entfernen. Dadurch soll die Wegeführung des Radweges besser zu erkennen sein.

• Der scheidende Bürgermeister Wilfried Geiger soll sich beim Landkreis dafür einsetzen, das vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg angeregte Mediationsverfahren zum Bau der Umgehungsstraße

„Ostring“ anzunehmen. Das hat die SPD beantragt. Der Ausschuss gab die Entscheidung ohne Debatte an den VA weiter, der am 16. Oktober tagt.

• Bei mehreren Entscheidungen billigte der Planungsausschuss die Stellungnahme der Stadt Buchholz zur Neufassung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP). Darin äußert die Verwaltung ihre Be-

denken, wenn Neu Wulmstorf wie geplant zum „Grundzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums im Bereich Handel“ hochgestuft werden sollte. Dadurch drohe Kaufkraft aus Buchholz abzufließen.

• Um die Planung beeinflussen zu können, beschloss der Ausschuss die Aufstellung eines Bebauungsplans für einen Teilbereich des Brunsbergwegs in Sprötze. Dort sollen auf einem Areal am Rand zum Landschaftsschutzgebiet mehrere Doppelhäuser errichtet werden. Der Eigentümer hat nach Paragraph 34 des Baugesetzbuches auf dem Grundstück Baurechte.

„Der innerstädtische Verkehr kollabiert seit 15 Jahren regelmäßig“

Betr.: „Die Nachfrage ist gewaltig“ (WOCHENBLATT 40/14) - Makler: In Buchholz gibt es zu wenig Neubaugebiete / Baupreise steigen stark.

So, so! Die Buchholzer FDP und ein einheimischer Makler möchten also, natürlich nur aufgrund der hohen Nachfrage, neues Bauland ausweisen.

Seit 15 Jahren kollabiert zu den Hauptverkehrs- und Einkaufszeiten der innerstädtische Verkehr regelmäßig, über den Ostring wird seit 20 Jahren erfolglos diskutiert, und als Entlastung möchten die Verantwortlichen den gesamten westlichen Durchgangsverkehr durch zwei Wohnstraßen, nämlich die beiden Mühlenwege führen! Auf den BAB-Ausfahrten Rade und Dibbersen steht (!) der Verkehr nachmittags bis auf die Fahrspuren zurück, und auch in den Metronom-Zügen stapeln sich die Pendler.

Die Politik und die Verwaltung haben zunächst im Interesse der hier wohnenden Bürger und nicht für monetäre Einzelinteressen ihre Hausaufgaben zu machen und für einen halbwegs akzeptablen Verkehrsfluss zu sorgen, bevor von neuen Baugebieten fabuliert wird.

**Sigmund Rehfeldt
Buchholz**

Bebauung von Buchholzer Osten kann beginnen

Corinna Panek



Hier könnten neue Wohnbauflächen erschlossen werden: Schaftrift West

Foto: Corinna Panek

Stadtbaurätin stellt Baulandpotenzial in Buchholz vor: Das sogenannte CityCenter II erhält 44 von 47 Punkten. Weitere "Sahnestücke" an der Schaftrift und an der Soltauer Straße sowie südlich der Bahn.

Buchholz. Sie verstecken sich hinter Hecken, Zäunen, alten Gebäuden, sie sind überwuchert von Gestrüpp oder durch umgestürzte Bäume nicht mehr zugänglich: unbebaute Flächen mitten in Buchholz. Die Stadt hat in ihrem Kerngebiet, aber auch in den Ortschaften rund 40 solcher potenziellen Wohnbauflächen in einer umfangreichen Untersuchung ausgemacht, bewertet und dem Ratsmitgliedern vorgelegt. Nun sind die Politiker an der Reihe: "Die Fraktionen müssen jetzt Vorschläge machen, welche Gebiete entwickelt werden sollen", erklärt Stadtbaurätin Doris Grondke.

Wie berichtet, war die FDP mit ihrem Antrag vorgeprescht und hatte einige Flächen konkret benannt. Darüberhinaus bemängelten die Liberalen, dass städtischen Flächen gegenüber privaten Geländen vermeintlich bevorzugt würden. Dem widerspricht Grondke: "Wir machen keinen Unterschied zwischen städtisch und privat. Aber nur über die städtischen Flächen können wir entscheiden, wann es losgehen soll. Wir könnten sofort anfangen." Auf keinen Fall sollten alle 40 Flächen gleichzeitig entwickelt werden. Die Prognosen, die im Rahmen des ISEK-Prozesses erstellt wurden, gehen von einem Bedarf zwischen 2140 und 2490 Wohnungen aus. Diese Prognosen sollen fortlaufend überprüft werden.

"Nicht alles ist überall möglich", so Grondke. Naturgemäß ist in der Innenstadt eher an Geschosswohnungsbau gedacht und an den Stadträndern an Ein- und Zweifamilienhäuser. Die zahlreichen Veranstaltungen rund ums Integrierte Stadtentwicklungskonzept hätten ergeben, dass es in Buchholz zum Beispiel an bezahlbaren Wohnungen für Senioren mit wenig Geld mangelt. "Es ist zwar öffentlich geförderter Wohnraum vorhanden, aber nicht bedarfsdeckend", sagte Doris Grondke. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt auf die späteren Mietpreise sind jedoch begrenzt: Zum einen wird die Stadt nicht selbst als Bauträger auftreten, "diskussionswürdig wäre aber, die städtischen Flächen in eine Anstalt öffentlichen Rechts zu überführen", so die Stadtbaurätin. Auch könnte man nach Hamburger Vorbild einem Investor vorschreiben, ab einer bestimmten Anzahl von Wohneinheiten einen bestimmten Prozentsatz geförderter Wohnungen zu bauen. Kosten entstehen der Stadt durch die Schaffung von Baugebieten nicht – vielmehr erhielte die Stadt beim Verkauf an Investoren Einnahmen. Auch die Kosten für die Erstellung eines Bebauungsplans, der für alle genannten Flächen nötig ist, muss der Investor aufkommen. Weitere Überlegungen sind mögliche autofreie Quartiere oder die Frage, ob zum Beispiel ein zusätzlicher Nahversorger gebraucht wird.

Im Großen und Ganzen wünschten sich die Bürgermoderates Wachstum, wobei Verdichtung den Vorrang vor Neuausweisung von Baugebieten haben sollte. Das ist das Ergebnis der zahlreichen ISEK-Veranstaltungen, an denen insgesamt 1142 Personen teilgenommen haben. Das ISEK-Abschlussforum ist für Februar 2015 geplant, danach ist die Politik an der Reihe, die Ergebnisse in Beschlüsse umzusetzen. Auch jene Fördergelder, für deren Bewilligung das ISEK überhaupt Voraussetzung ist, können dann beantragt werden.

Zur Ermittlung der Prioritäten wurden die Flächen anhand von fünf Kategorien mit insgesamt 20 Unterkategorien mit Punkten bewertet. Die maximale Punktzahl ist 47. Kriterien sind beispielsweise Entfernung zur Innenstadt, Verkehrsanbindung, Nahversorgung, Schulen/Kindergärten, Ärzte oder auch Einschränkungen wie Lärm oder Naturschutzbelange. Folgende Flächen sind aus Sicht der Stadt demnach besonders geeignet:

CityCenter II. Derzeit Parkplatz zwischen CityCenter und Volksbank. Die Fläche hat mit 44 Punkten das beste Ergebnis erzielt. Die Fläche gehört der Stadt, möglich sind bis zu 41 Wohneinheiten sowie Einzelhandel.

Schaftrift West. Die Fläche grenzt südlich an die Berliner Straße und östlich an den Buenser Weg. Sie ist in Privatbesitz, "wir können uns Gespräche mit dem Eigentümer vorstellen", so Doris Grondke. Hier könnten Mehrfamilienhäuser mit 80 Wohneinheiten sowie 17 bis 26 Eigenheime entstehen. Die Fläche wurde mit 37 Punkten bewertet.

Rütgersgelände. Ebenfalls 37 Punkte dank der Nähe zur Innenstadt und zum Bahnhof. Derzeit stimmen der Eigentümer – die Firma Rütgers – und der Landkreis einen Sanierungsplan für das ehemalige Industriegelände ab. Die Dauer des Verfahren "liegt nicht in unserer Hand", so Grondke. Hier wären 257 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und 91 bis 137 Eigenheime möglich.

Wiesenstraße. Angrenzend an das Mehrgenerationenprojekt Wiesenstraße/Hermannstraße könnten auf dieser Fläche 16 bis 24 Eigenheime und 76 Wohnungen entstehen. Das Gelände ist in Privatbesitz und bekommt 36 Punkte.

Soltauer Straße und Hillmer-Gelände. 34 beziehungsweise 33 Punkte für die beiden Flächen in Privatbesitz, die Platz für bis zu 40 Eigenheime (Soltauer Straße) beziehungsweise 20 Eigenheime und 61 Wohnungen (Hillmer) bieten.

Bremer Straße Mitte. Das kleine Waldstück gegenüber der Siedlung "Steinbecker Feld" liegt in der Nähe des Schulzentrums II und böte Platz für 49 Einfamilienhäuser. Zu klären wäre ein Ausgleich für die Waldfläche bei Bebauung. Das Privatgelände erhält 28 Punkte.

Am langen Sal, Bgm.-Adolf-Meyer-Straße, Lüneburger Straße: Diese Gebiete im Osten der Stadt erreichen 26 bis 32 Punkte. Sie sind teils in privatem, teil in städtischem Besitz. "Wir würden einen Rahmenplan für das gesamte Gebiet befürworten", so Grondke. Diese Flächen ließen sich nur entwickeln, wenn eine Verkehrslösung gefunden ist. Sollte der Ostring als Kreisstraße gebaut werden, dürften diese Gebiete nicht direkt an die Umgehung angeschlossen werden. Im Rechtsstreit um den Ostring ist jetzt ein Mediationsverfahren angestrebt.

Letzte Chance für den Ostring?

os. Buchholz. Bürgermeister Wilfried Geiger soll sich beim Landkreis dafür starkmachen, dass der dem Mediationsverfahren in Sachen „Ostring“ zustimmt. Das hat der Verwaltungsausschuss beschlossen. Das Gremium folgte damit einem Antrag der SPD. Hintergrund: Das Obergericht Lüneburg hatte den privaten Klägern gegen die Umgehungsstraße und dem Landkreis als Bauherrn nahegelegt, die Streitigkeiten außergerichtlich beizulegen. Die Frist für beide Seiten endet am 3. November.

Nordheide Wochenblatt vom 22. Oktober 2014

„Kostenspirale noch nicht zu Ende“

Betr.: „Wir haben dort besonders schwierige Bodenbedingungen“ (WOCHEBLATT 42/14) - Interview mit Abteilungsleiter Jürgen Steinhage zu den Kosten des Mühlentunnel-Neubaus.

Die Geschichte des Mühlentunnels droht auch eine der explodierenden Baukosten zu werden. 2008 wollte die SPD den Tunnel „für einen Bruchteil der Ostring-Kosten“ bauen. Im Wahlkampf 2011 wurde die SPD mit fünf bis sechs Millionen Euro schon konkreter. Die Verwaltung korrigierte diese Zahl im April 2011 auf acht Millionen Euro. Im Juni 2011 erwartete die Verwaltung bereits 9,5 Mio. Euro. 2013 wurde die Zahl von der Verwaltung auf zehn Millionen erhöht. Und es wird immer mehr. In der Ratsitzung beziffert der Kämmerer die Baukosten jetzt mit 13,5 Millionen Euro. Nur wenige Tage später werden auf der Mühlentunnel-Homepage der Stadt schon 16 Millionen Euro als letzte Kostenschätzung angegeben.

Diese Kostenspirale nach oben wird noch nicht zu Ende sein, weil die technische Planung noch gar nicht abgeschlossen ist und die Detailausschreibung noch manche Kostenüberschreitungen bringen wird. Die 19 Millionen Euro Baukosten für den Ostring sind nicht mehr fern. Dabei wird der eigene Finanzierungsanteil der Stadt beim Mühlentunnel um Millionen höher liegen als beim Ostring, den der Kreis als Bauherr bauen wird.

Hier wird die Stadt von der Rot-Grünen Koalition im Stadtrat für ein in der Priorität erheblich umstrittenes Verkehrsprojekt an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit gezwungen, mit Folgen für andere notwendige Investitionen über Jahre hinaus. Die Bürgeraktion Mühlenwege nannte bereits 2011 Baukosten in Höhe von 13 bis 14,5 Millionen Euro und wurde darauf von SPD und Grünen hart angegangen und der Lüge bezichtigt.

Gerhard Bredehöft
Buchholz

Ostring: Keine Mittel für weitere Planung

FDP/Freie Wähler sauer über „Verzögerungstaktik“

(os). Mit großem Unverständnis reagiert die Fraktionsgruppe FDP/Freie Wähler (FW) auf die Ablehnung ihres Antrags im Kreis-Planungsausschuss, im kommenden Haushalt 500.000 Euro für die weitere Planung der Umgehungsstraße Ostring in Buchholz einzustellen. „Wir sind empört über die Verzögerungstaktik von Rot-Grün“, kritisiert Gruppensprecher Arno Reglitzky. Eine Mehrheit im Ausschuss hatte die Dringlichkeit des Antrags nicht anerkannt.

Hintergrund: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte ein Mediationsverfahren zwischen dem Kreis als Bauherrn des

Ostrings und den Klägern gegen das Planfeststellungsverfahren empfohlen. Darin soll über einen Kompromiss verhandelt werden, um den Bau des rund sechs Kilometer langen Millionenprojekts nach jahrzehntelangem Streit doch zu realisieren.

Die FDP/FW-Gruppe hatte beantragt, jetzt Gelder für das kommende Jahr zur Verfügung zu stellen. Ihr Argument: Wenn die Mediation erfolgreich sei, entstünden womöglich Planungsänderungen, die weitere Planungskosten zur Folge hätten. Nach der Ablehnung des Antrags steht im Kreishaushalt 2015 für den Ostring nicht ein Euro zur Verfügung.

**„Zwei Drittel der
Buchholzer haben für
den Ostring votiert“**

Betr.: „Teuer, sauteuer, Mühlen-tunnel“ (WOCHENBLATT 43/14) - Muss ein 80-Meter-Tunnelbauwerk tatsächlich fast soviel kosten wie eine komplette Umgehungsstraße?

Darf ich Ihnen im Kampf gegen den Ostring ins Bewusstsein rufen, dass etwa zwei Drittel der Buchholzer für den Ostring votiert haben! Daher sind wohl die Wenigen, die ständig wieder alle Versuche zur Konfliktlösung torpedieren, jene die sich die empfundene Beleidigung als „Ego-Bürger“ gefallen lassen müssten!

Mit einem dicken Hals, aber freundlichen Grüßen, der „Ego-Bürger“.

**Bernhard Palsa
Buchholz**

**„Wer nimmt
hier wohl wen in
,Geiselhaft‘?“**

Seit ca. 50 Jahren gibt es Plannungen für eine östliche Umgehung von Buchholz. Ebenso lange wird diese ohne sinnvolle Gegenvorschläge verhindert. Wer nimmt hier wohl wen in „Geiselhaft“?

Herr Schrader, lassen Sie bitte diese ständigen Diskriminierungen der Menschen an den Mühlenwegen. Lieber einen Tunnel aus der Postkutschenzeit als einen Journalismus und eine Politik aus der Eisenzeit!

**Peter Bahr
Seppensen**

**„Es ändert nichts
daran, dass der Tunnel
erste Priorität besitzt“**

Betr.: Leserbrief von Gerhard Bredehöft aus Buchholz „Kostenspirale noch nicht zu Ende“ (WOCHENBLATT 43/14) - zu dem Artikel „Wir haben dort besonders schwierige Bodenbedingungen“ (WOCHENBLATT 42/14).

Da konnte der Chefstrategie der Gegner des Mühltunnels seine Abneigung gegen Rot/Grün wieder unter Beweis stellen, und ihnen die Kostensteigerung bei dem Vorhaben in die Schuhe schieben. Natürlich ist diese ärgerlich, es ändert aber nichts daran, dass der Bau des Tunnels erste Priorität besitzt.



Teures Vorhaben: Der Mühltunnel soll ausgebaut werden

Da hätte sich Herr Bredehöft am Mittwoch die Präsentation des Mobilitätskonzeptes (welches bewusst mit Bürgerbeteiligung erarbeitet wurde) im Bau-Ausschuss anhören sollen. Dort wurden nämlich für Buchholz die Prioritäten in der Reihenfolge „Tunnel-Südtangente-Ostring“ dargelegt. Auf seinen favorisierten Ostring wird Herr Bredehöft wohl noch einige Zeit warten müssen.

**Gisbert Saulich
SPD-Ratsmitglied
Buchholz**

Ostring: Doch keine Mediation? Landkreis hält an Berufung fest



Protest gegen den geplanten Ostring Buchholz

Foto: Manfred Peschel

Die Buchholzer SPD fordert weitere Alternative zum Ostring zu untersuchen. Und Anwälte prüfen, ob eine außergerichtliche Einigung womöglich zu viel Zeit kosten würde.

Buchholz. Neue Verwirrung um den Ostring: Ist das vom Oberverwaltungsgericht empfohlene Mediationsverfahren vom Tisch? Die Frage tauchte in der Sitzung des Buchholzer Stadtplanungsausschusses in Zusammenhang mit einem SPD-Antrag auf.

Die SPD wollte erreichen, dass im Rahmen des Mobilitätskonzeptes auch die von ihr ins Spiel gebrachte Alternative – der sogenannte Bypass – zum Ostring mit geprüft wird und eine schneller umsetzbare, kostengünstigere Lösung bevorzugt werden kann. Der Bypass sei im Mobilitätskonzept zu wenig berücksichtigt worden.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Ausschussvorsitzende Norbert Stein (SPD), dass der Landkreis ein Mediationsverfahren ablehne. In Buchholz hatten alle Fraktionen für den Versuch einer außergerichtlichen Einigung gestimmt.

Wie Kreis-Sprecher Johannes Freudewald erläutert, lehne der Kreis die Mediation nicht grundsätzlich ab. "Wir halten aber an der Berufung fest. Unsere Anwälte und die der Gegner prüfen, unter welchen Umständen eine Mediation sinnvoll ist. Wir wollen aber eine schnelle Lösung, das heißt, Verhandlungsgrundlage muss aus unserer Sicht der vorhandene Planfeststellungsbeschluss sein."

Das Verwaltungsgericht hatte den Beschluss Anfang 2011 für ungültig erklärt und eine Berufung nicht zugelassen. Dagegen hatte der Landkreis erfolgreich Widerspruch eingelegt – die Entscheidung war erst diesen September gefallen. Stein bestätigte auf Anfrage, der Schriftsatz der Landkreis-Anwälte liege ihm vor. "Es ist richtig, dass sie sich nicht grundsätzlich der Mediation widersetzen, es wird aber vermutet, dass es den Klägern um Zeitverzögerung geht – deshalb hält man am Berufungsverfahren fest."

Der SPD-Antrag wurde im Planungsausschuss abgelehnt, doch: "Wir beantragen jetzt, dass der Rat die sofortige Untersuchung der Alternativvariante beschließt und dafür Haushaltsmittel bereitstellt", so Stein.

Ringen um das Mediationsverfahren

Ostring-Planung soll schnell fortgesetzt werden

(os). Der Landkreis Harburg hat offenbar Zweifel, dass ein Mediationsverfahren zum Ostring in Buchholz die weitere Planung zur umstrittenen Umgehungsstraße beschleunigt. Bis zum Ende der Frist am 3. November hat sich der Landkreis nicht klar zum Mediationsverfahren bekannt. Hinter den Kulissen verhandeln die Anwälte beider Seiten über das weitere Vorgehen.

Wie berichtet, hatte das Obergericht Lüneburg das Berufungsverfahren gegen den 2011 vom Verwaltungsge-

richt gekippten Planfeststellungsbeschluss zugelassen, gleichzeitig den privaten Klägern und dem Landkreis als Beklagten aber ein Mediationsverfahren unter Vorsitz eines neutralen Richters empfohlen.

„Wir wollen das Berufungsverfahren nicht ohne Not zur Seite legen“, erklärt Landkreis-Sprecher Johannes Freudewald. Man suche nach dem schnellsten Weg, die Ostring-Planungen fortzusetzen. „Wir wollen keine Zeit mehr verlieren“, so Freudewald. Ein Mediationsverfahren sei aber nicht vom Tisch, betonte er.

Weiter streiten oder Mediation?

Bürgerinitiative Ostring sagt Klägerin Unterstützung zu. In sieben Wochen läuft Bindung an Bürgerentscheid aus

CORINNA PANEK

BUCHHOLZ :: 61,8 Prozent der Teilnehmer am Bürgerentscheid zum Ostring haben mit Ja gestimmt bei der Frage, ob die Stadt ihre Vereinbarung mit dem Landkreis Harburg zum Bau der Umgehungsstraße aufrecht erhalten soll. Das Ergebnis eines solchen Bürgerentscheids ist mit einem Ratsbeschluss gleichzusetzen, allerdings mit Verfallsdatum: Die Gültigkeit ist auf zwei Jahre beschränkt – und die sind in sieben Wochen um. Geht dann alles wieder von vorn los?

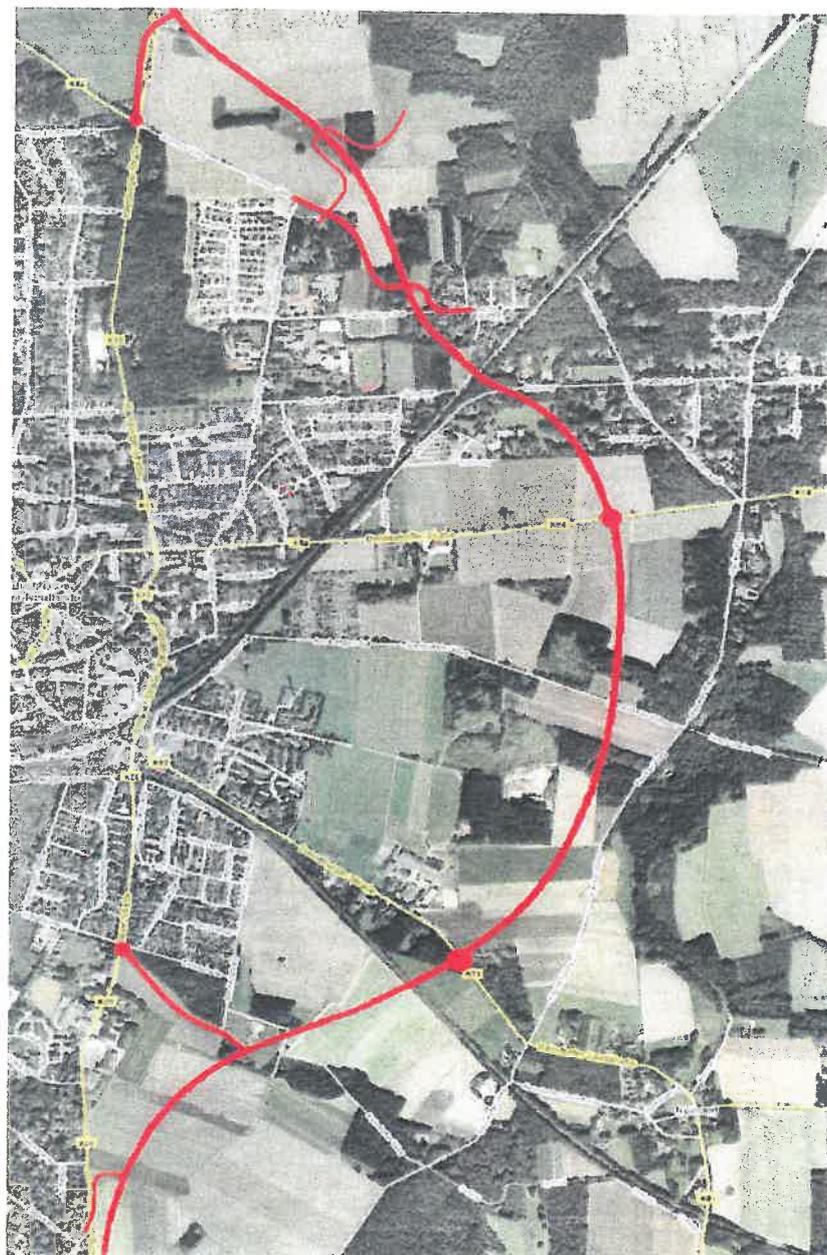
Vorerst nicht, signalisieren Vertreter von Grünen und Buchholzer Liste. Zusammen mit SPD, Linken und Piratenpartei hatten sie Anfang 2012 den Antrag gestellt, dass die Stadt den Vertrag mit dem Landkreis kündigen soll. Daraus resultierte letztendlich ein Jahr später der Bürgerentscheid, der die Vertragskündigung stoppte. Was den Landkreis und die Stadt bisher aber am Bau der Straße hindert, sind mehrere Klagen und ein Verwaltungsgerichtsurteil, das bereits Anfang 2011 den Planfeststellungsbeschluss für ungültig erklärt und Berufung nicht zugelassen hatte. Dem Widerspruch des Landkreises dagegen wurde erst in diesem Herbst stattgegeben. Das Oberverwaltungsgericht hatte jedoch den streitenden Parteien ein Mediationsverfahren nahegelegt.

Die Optimierung der Ampelschaltung verbraucht keine Landschaft und kostet weniger Geld.

Peter Eckhoff, BIO-Sprecher

Zumindest im Buchholzer Stadtrat sind alle Fraktionen diesem Mediationsverfahren gegenüber aufgeschlossen. „Wir sind gesprächsbereit und werden uns dem nicht verweigern“, sagt Grünen-Fraktionschef Joachim Zinnecker. „Mediationsverfahren sind dazu da, um Kompromisse zu finden. Gespräche sollten in jedem Fall stattfinden um auszuloten, was möglich ist“, meint auch Peter Eckhoff, Fraktionschef der Buchholzer Liste.

Allerdings bekleiden beide Fraktionsvorsitzenden eine Doppelrolle, da sie auch Kläger gegen den Ostring unterstützen. So hat Eckhoff in seiner Eigenschaft als Sprecher der Bürgerinitiative Ostring (BIO) mitgeteilt, dass die BIO eine Klägerin weiterhin finanziell unterstützen wolle. Die Klagen begründen sich unter anderem durch den Landschaftsverbrauch und die hohen Kosten bei vergleichsweise geringem Nutzen der Straße. Die BIO führt dazu aktuelle Zahlen an, die in diesem Frühjahr erhoben wurden, auch im Zusammenhang mit dem geplanten Mühltunnelausbau (das Abendblatt berichtete). Demnach ist auf der Canteleubrücke, also dem Kernstück der Nord-Süd-Achse durch Buchholz, die Zahl der Fahrzeuge binnen zehn Jahren von 24.200 auf 20.900 pro Tag gesunken. „Man wollte durch den Bau des Ostrings



Die roten Linien zeigen die geplante Umgehungsstraße und ihre Zubringer

die Verkehrsbelastung auf 19.000 Fahrzeuge reduzieren. Wir sind jetzt nur noch 1900 Fahrzeuge von diesem Ziel entfernt“, schildert es die BIO auf ihrer Internetseite. „Weitere Entlastung wird der Mühltunnel bringen, auch die Optimierung der Ampelschaltungen ist eine Maßnahme, die weniger kostet und keine Landschaft verbraucht“, betont Peter Eckhoff.

Auch die Kosten sind eine Hürde für den Bau des Ostrings, wengleich die Gegner von einer höheren Summe als die Planer ausgehen. Der Landkreis kalkuliert 17 Millionen Euro, während BIO und auch die Grünen etwa die doppelte Summe anführen, nämlich unter Berücksichtigung der Folgekosten wie

Straßeninstandhaltung. Geplant ist, dass Stadt und Landkreis sich die Kosten teilen – obwohl es sich um eine Kreisstraße handelt – und auch Zuschüsse vom Land werden erwartet.

Allerdings hatte Buchholz' neuer Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse kürzlich eine Steuererhöhung ins Spiel gebracht, da notwendige Investitionen sonst nur über neue Schulden zu finanzieren wären. Von konkreten Planungs- und Baukosten für den Ostring war dabei noch gar keine Rede. „Auch der Landkreis hat für 2015 kein Geld für den Ostring im Haushalt eingeplant“, sagt Joachim Zinnecker.

Der Landkreis Harburg lehnt das Mediationsverfahren nicht grundsätz-

lich ab, möchte aber nach Möglichkeit am Berufungsverfahren festhalten. Der Landkreis argumentiert, dass aus Zeit- und Kostengründen der fertige Planfeststellungsbeschluss die Verhandlungsgrundlage sein müsse. Aus Sicht des Verwaltungsgerichtes war dieser Beschluss fehlerhaft, da die darin enthaltene Anbindung der Straße Heidekamp an den Ostring gar nicht in der Zuständigkeit des Landkreises liegt..

Eine Pressemitteilung zum Ostring-Urteil ist unter www.verwaltungsgericht-lueneburg.niedersachsen.de zu finden.

Das Gutachten zur Verkehrsprognose veröffentlicht die BIO unter www.ostring-buchholz.de in der Rubrik „News“

BIO will Klägerin finanziell unterstützen

os. Buchholz.

Die Bürgerinitiative Ostring (BIO) will die Klage einer Grundstückseigentümerin gegen den Planfeststellungsbeschluss der umstrittenen Umgehungsstraße auch in der Berufungsinstanz vor dem Obergericht Lüneburg finanziell unterstützen. Das beschlossen die Mitglieder jüngst auf ihrer Versammlung.

Wie berichtet, fördert die BIO schon seit Prozessbeginn eine Bürgerin, bei der der



Foto: Bio

Ostring genau über das Grundstück führen würde. Die Klägerin sei gewillt, das Verfahren fortzusetzen, teilt die BIO mit.

Bei den Wahlen wurden der Vorsitzende Michael Zuther (Foto), Doris Erbar (2. stv. Vorsitzende) und Schriftführer Peter Eckhoff in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Vorstand sind Andrea Dresmann (1. stv. Vorsitzende) und Beisitzer Dr. Martin Dieckmann. Nach sieben Jahren im Vorstand schied Dietmar Zabel aus.

„Nicht auf Ostring warten“

Bürgerinformation zum Mühltunnel: Millionen-Neubau soll bis 2019 fertiggestellt sein

os. Buchholz. Bei der Bürgerversammlung zum Neubau des Mühltunnels machte Buchholz' Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse unmissverständlich klar, dass die Planung des Projekts fortgesetzt wird: „Es gibt gute Gründe für den Neubau, und wir können nicht warten, bis das Ostring-Verfahren vor Gericht durch ist“, betonte Röhse vor rund 150 Besuchern in der Aula der Waldschule. Ihm sei daran gelegen, dass die Mühlenwege nicht zu Durchgangstraßen werden, zumal dort die Schüler von drei Grundschulen die Straßen queren, erklärte das Stadtoberhaupt in Richtung Tunnelausbau-Gegner.

Ralf Losert vom Verkehrsplanungsbüro „PGT“ in Hannover stellte den Bürgern die Ergebnisse der Verkehrszählungen vor, die im Frühjahr in Buchholz durchgeführt wurden. Demnach fahren derzeit rund 8.400 Fahrzeuge pro Tag durch den einspurigen Mühltunnel - 900 weniger als vor zehn Jahren. Mit dem zweispurigen Mühltunnel werde die Zahl der Fahrzeuge auf rund 11.000 steigen, bzw. auf rund 10.000, wenn der Ostring gebaut wird, prognostizierte Losert.

Marian Stachon vom Ham-



Gut besucht: Rund 150 Bürger erhielten beim Info-Abend alle Neuigkeiten zum Mühltunnel

burger Ingenieurbüro WTM, das die Gesamtplanung des Bauwerkes innehat, stellte die technischen Details des Projekts vor. Demnach soll der 1870 erbaute einspurige Tunnel durch einen Neubau mit zwei Fahrstreifen, Radwegen und Fußwegen ersetzt werden. Alle Fahrbahnen summieren sich auf eine Breite von 13,50 Meter. Nur am Rand werde eine offene Bauweise gewählt, im Bahndamm selbst sei wegen des lockeren Bodens sowie der

fünf elektrifizierten Bahngleise eine geschlossene Bauweise notwendig.

Anfang 2015 sollen die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn beginnen, erklärte Jürgen Steinhage, Abteilungsleiter im Tiefbauamt. Parallel solle der Bebauungsplan für das Projekt aufgestellt werden. Ziel sei es, Anfang Oktober einen rechtskräftigen B-Plan zu haben, um Zuschüsse des Landes beschaffen zu können. 2016 solle der Steinbach verlegt werden, 2017/18 der Tunnel gebaut werden, dann die Anschlüsse an die bestehenden Straßen hergestellt werden. Mit der Eröffnung des neuen Tunnels sei 2019 zu rechnen, so Steinhage.

Die Diskussion der Bürger nach der Vorstellung der Pläne verlief weitgehend sachlich. Die Anwohner der Mühlenwege machten einmal mehr deutlich, dass sie gegen den Neubau sind und es lieber sähen, wenn erst der Ostring gebaut wird. U.a. befürchten sie zunehmenden Lkw-Verkehr. Von wo diese Lkw kommen sollen und wen sie über die Mühlenwege beliefern sollen, verriet sie nicht. Den Einwand eines Bürgers,

die Tunnelgegner nähmen eine ganze Stadt seit vielen Jahren in Geiselhaft, kommentierten sie mit lautem Gemurmel.

Die SPD-Ratsfraktion will noch in die Planung eingreifen. Sie hat Bürgermeister Röhse aufgefordert, noch einmal mit der Familie Bardowicks zu verhandeln. Wie berichtet, gab es eine fertige Planung, bei der die Trasse über einen Teil des Bardowick'schen Areals führte. Diese wurde letztlich aufgegeben. Folge war eine neue Planung, die wegen des längeren Tunnelbaus und der Verlegung des Steinbaches und einer Schmutzwasserleitung zu Mehrkosten in Millionenhöhe führte. Derzeit werden die Kosten des Neubaus auf 16,5 Millionen Euro beziffert. „Angesichts der Tatsache, dass sich der Grundeigentümer bereits vor über 30 Jahren per Baulast verpflichtet hat, diese Flächen bei Bedarf an die Stadt abzutreten, mache ich keinen Hehl daraus, einem Enteignungsverfahren mit vorzeitiger Besitzeinweisung gute Chancen einzuräumen“, erklärte SPD-Ratsherr Norbert Stein. Das öffentliche Interesse, bis zu fünf Millionen Euro an Steuergeldern einzusparen, sollte sehr gewichtig sein, so der Ex-Bürgermeister.

• Das Verkehrs-Gutachten und alle Informationen zum Mühltunnel finden Sie unter www.muehlentunnel-buchholz.de.

„50 Jahre Ostring-Planung“

Beim Grünkohlessen der Buchholzer Wirtschaftsrunde gab es Spitzen gegen die Stadt

os. Buchholz. In Buchholz wurde gerade eine Kommission gegründet, um das 50-jährige Jubiläum für die Ostring-Planung vorbereiten zu können, sagte Wolfgang Schnitter augenzwinkernd. Beim traditionellen Grünkohlessen der Buchholzer Wirtschaftsrunde nahmen dessen Vorsitzender sowie Heidi König und Gunther Heise von den Steenbeekern die politischen Verhältnisse mit einem „Buchholz-ABC“ auf die Schippe. Rund 140 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kamen am vergangenen Donnerstag ins Gasthaus Wentzien in Trelde.

Die geplante Steuererhöhung des ebenfalls anwesenden Bürgermeisters Jan-Hendrik Röhse war an den Tischen ein großes Thema. „Wir

werden genau darauf achten, wofür unsere Steuern verwendet werden“, kündigte Schnitter an. Für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren überreichte die Wirtschaftsrunde zwei Eichen an Röhses Vorgänger Wilfried Geiger.

Der Erlös des Grünkohlessens fließt in diesem Jahr an die BBS Buchholz. Mit dem Geld soll die Stelle einer behinderten Mitarbeiterin der Schulbibliothek weiterfinanziert werden, erklärte Schulleiterin Johanna Eggeling.



Zwei Eichen für den Ex-Bürgermeister: (v. li.) Freddy Brühler, Wolfgang Schnitter, Wilfried Geiger und Frank Krause

Das war das Jahr im Landkreis Harburg

Corinna Panek, Susanne Rahlf, Bianca Wilkens und Rolf Zamponi

Wegweisende Neubauten, fertiggestellte Straßen, Planungen für Millionen Euro, ein Mord an einem elfjährigen Mädchen und das Thema Flüchtlinge

Landkreis Harburg . Wohnungsbau, Straßeneinweihungen, Schulstandorte und Wirtschaftsentscheidungen. Das waren die Themen, die Politik und Einwohner im Landkreis Harburg beschäftigt haben. Eins kam dazu, das zu Beginn des Jahres in seiner Dimension wohl keiner richtig eingeschätzt hatte: die Unterbringung der Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten dieser Welt. Zum Jahresende werden 1270 Menschen, die meist nur mit ein paar Habseligkeiten ihre Heimat verlassen mussten, in den Kommunen im Landkreis Harburg untergebracht sein. Allein in diesem Jahr haben 784 Menschen hier ein Obdach gefunden. Auch 2015 wird die Unterbringung der Flüchtlinge ein Thema bleiben, bis Ende September müssen für weitere 1000 Menschen Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Was sich genau in den Ortschaften südlich der Hamburger Landesgrenze ereignet hat, worüber man in diesem Jahr gesprochen, diskutiert und gestritten hat, haben die Landkreis-Redakteure des Hamburger Abendblatts für Sie zusammengetragen.

[...]

In **Buchholz** wurde 2014 die Bürgerbeteiligung groß geschrieben: Zur Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) konnten die Buchholzer in zwei Bürgerwerkstätten ihre Vorschläge und Wünsche einbringen. Ganz konkret erwachsen daraus die "Initiative pro Buchholz" als Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung. Und die Initiative "Kul-TRaum21", in der sich die Kulturschaffenden der Stadt regelmäßig zum Austausch treffen. Erstes gemeinsames Projekt: Die Buchholzer Kulturnacht 2015.

Vieles ist fertig geworden: die Turnhalle der Holm-Seppenser Mühlenschule, zweieinhalb Jahre, nachdem die alte Halle abgebrannt war, das Isi-Businesszentrum im Gewerbegebiet, das sich an Existenzgründer richtet, die Zukunftswerkstatt und die Sanierung der Gutskapelle Holm.

Eine halbwegs gute Nachricht für einen Großteil der Buchholzer kommt aus Lüneburg: Das Oberverwaltungsgericht hat der Beschwerde des Landkreises gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Ostring-Urteil stattgegeben. 2011 hatte das Verwaltungsgericht den fertigen Planfeststellungsbeschluss für die Umgehungsstraße kassiert. Ein Bürgerentscheid im Januar 2013 brachte zu Tage, dass eine Mehrheit von 62 Prozent der Bürger am Ostring festhalten will. Während das OVG dem Landkreis und der Stadt ein Mediationsverfahren nahelegt, will es der Kreis auf ein Verfahren in der nächsthöheren Instanz ankommen lassen. Dafür ist vor Jahresende ist die Dibbersener Ortsumgehung eröffnet worden.

Was bringt 2015? Die beliebten Veranstaltungen wie Stadtlauf und Stadtfest sind schon wieder gebucht. Das Krankenhaus Buchholz nimmt im Februar seinen großen neuen Anbau in Betrieb. Vollständig abgeschlossen ist das Projekt erst im September, bis dahin wird die Station M umgebaut. Anfang Februar soll das ISEK fertig gestellt sein. Es ist eines der wenigen Großprojekte, die zum Abschluss kommen werden. Alles andere beginnt jetzt erst: das Planfeststellungsverfahren für den Mühlentunnel, die Umgestaltung der Bahnhofstraße sowie die Bebauung des Zivildienstschulengeländes. Im Gewerbegebiet III am Trelder Berg wollen mehrere Betriebe Eröffnung feiern, so der Raumausstatter T+T, der Fahrstuhlhersteller Diaio Elevators und der Verpackungsspezialist Linder.

[...]

"Flüchtlinge müssen gerecht verteilt werden"

Rolf Zamponi

Landrat Rainer Rempe über seinen Brief an den Innenminister, neue Aufgaben für den Ersten Kreisrat, die Y-Trasse und den Spaß an der Arbeit

Winsen. An diesem Heiligabend ist der neue Landrat des Kreises Harburg seit 100 Tagen im Dienst. Kein schlechter Termin für eine erste Bilanz. Das Abendblatt traf Rainer Rempe (CDU) in seinem Büro in Winsen. Ein Gespräch über lange Arbeitstage, knappe Termine und die Chancen für Fortschritte bei den Planungen für den Ostring in Buchholz.

Hamburger Abendblatt:

Herr Rempe, ihre ersten Monate im neuen Amt liegen hinter Ihnen, macht es noch Spaß?

Rainer Rempe:

Natürlich macht mir die Arbeit Spaß. Die 100 Tage sind schnell vergangen und waren mit spannenden Aufgaben und Herausforderungen ausgefüllt. Meine motivierten Mitarbeiter und die bekannten Strukturen haben mir den Einstieg leicht gemacht. Zudem liegt es mir durchaus, unterschiedliche Themen parallel zu bearbeiten und wenn nötig rasche Entscheidungen zu treffen.

[...]

Erwarten Sie für 2015 Fortschritten bei der Planung des Ostrings in Buchholz?

Rempe:

Nach den Rechtsverfahren in der Vergangenheit habe ich für Anfang Januar die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und im Buchholzer Stadtrat nach Winsen eingeladen. Dabei wollen wir klären, was ein Mediationsverfahren für die Planung der Umgehung bringen kann. Unser Ziel ist es, das Planfeststellungsverfahren zu retten. Wenn wir uns einigen können, nehmen wir das Gerichtsverfahren wieder auf. In Anbetracht der hohen Verkehrsbelastung in der Innenstadt sollten alle Interesse an einer schnellen Umsetzung haben.